clc 96000409
(cont.)

# X Collection

# INDEX

Page: 1

| Barcode Number | Box Number | Total of Volumes | Call Number |
| --- | --- | --- | --- |
| LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 802 5 | 220A | 128 | no. 1-130 DD261.4.Z9 (1945-1957) no. 124 in oversize box 5 no. 125 in oversize box 3 |
| LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 803 7 | 220B | 88 | DD261.4.Z9 (1957) no. 176 in oversize box 5 |
| LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 804 9 | 221A | 67 | DD261.4.G4 - DD261.4.Z9 no. 2-67 |
| LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 805 0 | 221B | 71 | DD261.4.Z9 (1952-1957) no. 68-138 |
| LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 806 2 | 222 | 38 | DD261.7.G7 - DD404 |
| LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 807 4 | 223 | 52 | DD351 - DD491 |
| | | | |
| | | | |

# Das ABC der 40 Stunden Woche







KAMPFGRUPPE GEGEN UNTERDRÜCKUNG, BERLIN

LC

#132

X-DD261.4.29

From: Publications Procurement Office, Berlin

2 - APR - 3 1957

# ÄGYPTEN BIST DU!

*Was muß erst geschehen, ehe Du aus dem Schlaf Deiner sattzufriedenen Selbstgefälligkeit geweckt wirst?*
*Du glaubst – es liegt alles so weit von Dir, daß kein Schuß Dich aus dem Traum des Wirtschaftswunders wecken kann.*

## Du irrst! AGYPTEN BRENNT

*Die rücksichtslosen Absätze einer Invasorenarmee zertreten ein Volk, dessen Recht auf Selbstbestimmung in seiner jahrtausend alten Kultur begründet liegt.*
*Raffgierige Profitjäger mißgönnen den Fellachen das letzte Stück Brot.*

*Und sie nehmen sich das – was sie wollen – mit Gewalt.*
*Und heute ist es Ägypten – und morgen bist es Du – mit Deinem sorgsam behüteten Wirtschaftswunder.*

*Der Wolf steht vor der Tür!*
*Willst Du weiter in Ruhe leben – dann schlage den Wolf tot.*

**Fordere die Freiheit Ägyptens – es ist ein Kampf für die eigene Freiheit**




## ENGLAND – FRANKREICH – ISRAEL

*und alle, die im Herzen mit ihnen verbunden sind – denn daran über den Zerstörungen Eurer Heere liegt der Schatten des Nürnberger Galgens!*

*Wir warnen die hohen Herren!*

*Ihr habt gerichtet und damals Euer Urteil selbst gefällt.*
*Kommt – das Maß ist voll.*

**DER HENKER WARTET EUER!**

# Was bringt Dir der Schumanplan?

von Kollatz



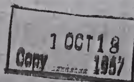
# Das deutsche Volk fällt die Entscheidung

## Für einen Friedensvertrag mit Deutschland – gegen den Generalvertrag






„STALINGRAD HEUTE" BILDBERICHT
ÜBER DEN WIEDERAUFBAU DER HELDENSTADT STALINGRAD
HERAUSGEGEBEN VON DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT




# FREUNDSCHAFT FÜR IMMER

**Brief an alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik
anläßlich des 34. Jahrestages
der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution**

# Auf Herz und Nieren geprüft





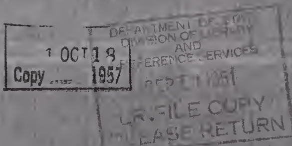
# Auf Herz und Nieren geprüft



#138










# FREUNDSCHAFT MIT DEM NEUEN CHINA





# SOWJETUNION

# LAND DES *Friedens*
# LAND DER *Freundschaft*







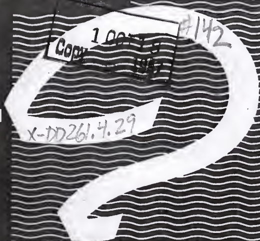

Herausgegeben von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

BILDZEITUNG VOM W. I. LENIN-WOLGA-DON-KANAL NACH SEINER VOLLENDUNG

# Wer verhindert den Frieden in Korea?



# WEM SOLL MAN GLAUBEN







# Die Wahrheit über den Generalvertrag

# Deutsche Politiker zur gegenwärtigen Lage



keineswegs ... geht die Erkenntnis ... tung des Imperiolismus ist ein Segen ... Volk. Auf deutschem Boden ist unsere ... Demokratische Republik der Beweis daf...

DIE WELT

Die sowjetischen Militärs versich... in ihrem Aufruf, daß sie mit ih... Truppen nicht nach Ungarn gekom... seie... Ungarn zu besetzen ode... er... Das Territorium der Sov... und die So...

...Zeitung

Völker auszubeuten zur höher... Ehre des Profits des englischen u... französischen Finanzkapitals. Kriegsprovokation der englisc... und franz...schen Großkapitali... ruft den Pr... aller friedlie... der ganzen ... das ta... das kühn

Industriekurier

...Pariser Besuc... ...skanzler ... minister Dr. ... Diens... die E... en ... fra... erns... in

NEUES DEUTSC...

wissen, daß sie über ... verfügen, um ihre Au... schaft nach Osten ausz... Aggression der englisc... listen gegen Ägypten ... Endes zur Schwächu... schen Commonwealth

Deutsche ...
und Wirtschaft

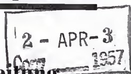
Westliche So...

Anläßlich einer ... kussion in Paris ga... der enteigneten ... schaft etwas wi... Entlastung seiner ... wortung bekannt, ... nehmen bereits ... und Großb...

is being
Sent to West-Berlin addressees
by Prof.Dr.Dr.hc Correns, Praesident des Nationalrats.

LC

# Appell zur nationalen Aussprache




## Deutscher Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung gegründet

#145

Unter Leitung des Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Correns, trat das Präsidium des Nationalrates am 22. Oktober 1956 zusammen und erörterte eingehend die Lage in Deutschland und die daraus für die Nationale Front des demokratischen Deutschland erwachsenden Aufgaben. Das Präsidium des Nationalrates beschloß die Bildung eines „Deutschen Rates zur Vorbereitung der Wiedervereinigung" und einer Reihe von Kommissionen, deren Aufgabe darin besteht, auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens notwendige Vorarbeiten zur friedlich-demokratischen Wiedervereinigung des Vaterlandes zu leisten.

Nach einer ausführlichen, von hoher nationaler Verantwortung getragenen Aussprache, an der sich unter anderen die Herren Dr. Dieckmann, Walter Ulbricht, Dr. Hans Loch, Prof. Albert Norden, Ernst Goldenbaum, Prof. Josef Stanek, August Bach, Herbert Warnke, Dr. Dr. Gereke, Heinrich Homann und Frau Ilse Thiele beteiligten, nahm das Präsidium den nachfolgenden Beschluß an:



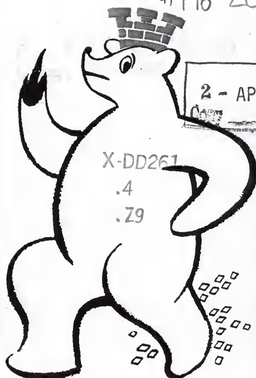
## Beschluß des Präsidiums des Nationalrats

Wo immer Deutsche über Deutschland sprechen, wo immer die Verantwortung vor der Nation über Partei- oder Gruppeninteressen gestellt wird, setzt sich die Erkenntnis durch:

**Die Wiedervereinigung ist nur auf der Grundlage des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts möglich.**

**Die Wiedervereinigung kann nur auf dem Wege des Friedens, der Annäherung und Verständigung beider deutschen Staaten vollzogen werden.**

**Keine Macht der Welt kann Deutschland vereinen, wenn Deutsche nicht zu Deutschen finden!**





# So nicht in Berlin...

# Dokumente der Demokratie

der

# Deutschen Demokratischen Republik






# PROGRAMM

## DER VI. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND DER STUDENTEN FÜR FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT



Moskau 1957





Vom Eise befreit sind Strom und Bäche
durch des Frühlings holden, belebenden Blick,
im Tale grünet Hoffnungsglück;

102


Der Traum
DES DREHERS MAYER




# Urlaub



**ERHOLUNG · ENTSPANNUNG**

**Bundesvorstand des FDGB · Feriendienst der Gewerkschaften**


999154
X-DD261.4.29
OCT 18
C.2
#152
OPEL
OPEL
Jst das gerecht?

# II. Deutschlandtreffen










SACHE JEDES FRIEDLIEBENDEN BERLINERS

3rd-14th MARCH 1957

#154



# LEIPZIG TRADE FAIR

Technical Fair
and Sample Fair


HEILSTÄTTEN
FÜR DIE
WERKTÄTIGEN





Dr. F. JENSEN

# Die Brücke von Berlin nach Peking

KONGRESS-VERLAG GMBH · BERLIN W 8




Hoppla, wir leben!

**Die Deutschen sind besatzungs-müde**
(McCloy)




# Warum ?

# „Wie wir es schaffen"

**Aufbau** DER FRIEDENSWIRTSCHAFT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK **aus eigener Kraft**


Wo
bleibt unsere
KOHLE?
X-DD261.4.Z1
#159
1 OCT 18
Copy 1957

# GEPLANTES CHAOS

Kleines Lesebuch
der Planökonomie
in der sowjetischen Besatzungszone

# DIE WAHRHEIT ÜBER DEN

# Weltfriedensrat

# FRIEDEN UND SICHERHEIT IN EUROPA

Rede des Außenministers der UdSSR Molotow
Rede des Ministerpräsidenten der DDR Grotewohl und die Deklaration der Konferenz für europäische Sicherheit in Moskau.

# Freunde kamen zu Freunden



Bericht über die Reise der sowjetischen Regierungsdelegation nach Indien





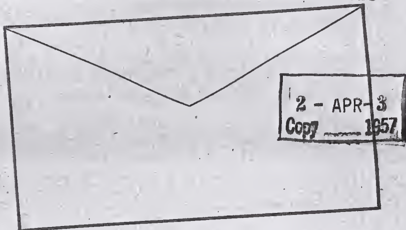

# Warum Adenauer die KPD verbieten will




# So hatten sie es sich *nicht vorgestellt*

# Ein Brief kommt ins Haus.....






In diesen Tagen erhalten

**600 000 Westberliner Haushalte**

die Aufforderung ihrer Hauswirte, ab 1. Februar 1957

**zehn Prozent mehr Miete**

zu zahlen.

Diese Mieterhöhung wurde von dem im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien einstimmig beschlossen.

22



# Wir wollen FRIEDEN

5000 Stück

#168



# MAX REIMANN ANTWORTET AUF FRAGEN SOZIALDEMOKRATISCHER ARBEITER UND FUNKTIONÄRE





# STABILO

## Othello · Swano

**Blei- und Zeichenstifte**
**Kopier- und Farbstifte**

*mit dem Schwan*

**Inbegriff höchster Güte**
**in Mine und Holz**









**NÜRNBERG**
**gegr. 1855**

12

# Wahlaufruf der KPD

Wählerinnen und Wähler in Stadt und Land!

Noch nie seit 1945 standen wir vor einer so ernsten Wahlentscheidung. Jeder von uns will verhindern, daß die Bundesrepublik zum Explosionsherd eines Atomkriegs wird; aber die Regierung Adenauer treibt genau auf dieses Ziel zu.

Keinen einzigen Vorschlag zur Entspannung, zur Verständigung, zur Abrüstung, zum Verbot der Atomwaffen, keinen einzigen Schritt für Sicherheit und Frieden hat Adenauer in den acht Jahren gemacht, seitdem er am Ruder ist Im Gegenteil. Er und die Kriegsgewinnler und Durchhaltegenerale, die hinter ihm stehen, setzen alles auf eine Karte: auf die Abenteurerpolitik der Aufrüstung, der Atomrüstung Damit wollen sie jede internationale Verständigung torpedieren und das wahnsinnige Wettrüsten verstärken.

Alarmierend für alle zeigt der Militarismus mit dem Soldatenmord an der Iller wieder sein abscheuliches Gesicht. Gestern waren es fünfzehn unserer Jungen; sollen morgen wieder Millionen für Krupp und Flick und Pferdmenges sterben, wie schon zweimal in unserer Generation? Keinen Tag länger darf die Führung der Politik in Händen der Leute um Adenauer bleiben, die die Interessen und das Leben unserer Nation verraten und verkaufen.

Die Kanonenkönige, die Zechenherren, die Chemiebarone, die

**Hyänen des Finanzkapitals haben sich unter Adenauer maßlos bereichert.**

Ihnen bringt die Rüstung Profit; uns bringt sie Preiswucher und ein verschärftes Arbeitstempo, das zahllose Frauen und Männer im besten Alter zu Invaliden macht. Das „Wirtschaftswunder" der Adenauer und Erhard, was ist es in Wahrheit?

**Den Großen die Millionen — den Kleinen die Pfennige,**

Luxus und Pracht für wenige, — Schinden und Schuften für die Massen! Noch einmal vier Jahre Adenauer-Regierung, wißt Ihr, was das bedeuten würde? Schon liegen in Bonn die Pläne bereit, um nach den Wahlen Preise und Tarife weiter zu erhöhen und neue Angriffe gegen die Rechte der Gewerkschaften zu führen.

Mit der Aufrüstung kam das rechtswidrige Verbot der KPD. Auf das KPD-Verbot folgen faschistische Maßnahmen gegen andere demokratische Organisationen, folgt die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, folgt die Pogromhetze Adenauers gegen die SPD, um sich damit an der Macht zu halten und seinen verderblichen Kurs fortzusetzen. Soll es weitergehen mit Ueberfällen auf Gewerkschafter, mit der Ausschaltung aller Gegner des herrschenden Regimes? Hunderte von Hitlers Blutrichtern sind wieder in Amt und Würden. Nazigenerale, wie Speidel, Heusinger und Kammhuber, SS-Offiziere führen das Kommando in der Bundeswehr. Darum muß die Wahlentscheidung am 15 September lauten:

**Kein neues 1933! Kein neues 1939!**
**Alle Kraft für Frieden und Freiheit,**
**für nationale und soziale Sicherheit!**

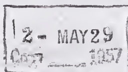
Im Wahlkampf vor vier Jahren hat Adenauer geschworen, alles für die Wiedervereinigung zu tun. Und was hat er getan, nachdem er gewählt war?

Er hat die Bundesrepublik der NATO angeschlossen, er hat sich jedem Abzug der Besatzungstruppen widersetzt, er hat amerikanische Atomkanonen auf unserem Boden stationieren lassen, er hat die Wehrpflicht eingeführt und damit eine Militärgrenze quer durch Deutschland gezogen, er hat die KPD verboten. Er hat mit all dem die Wiedervereinigung blockiert Soll dieser Kanzler des Rüstungskapitals nach dem 15. September auch noch einen Sperriegel von Atomwaffen quer durch Deutschland ziehen dürfen?

Adenauer und seine CDU/CSU sind bereit, lieber Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik zu führen, als sich mit ihr zu verständigen So setzen sie das Leben unseres Volkes aufs Spiel; uns 50 Millionen Deutsche in der Bundesrepublik würden im

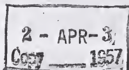
# Der

# Hauptfeind




---

**Grundfragen aus dem 30. Plenum des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**




# Bemerkungen zur Lage in Berlin

von Alfred Neumann
1. Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED

# Appell zur nationalen Aussprache



## Deutscher Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung gegründet

Unter Leitung des Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Correns, trat das Präsidium des Nationalrates am 22. Oktober 1956 zusammen und erörterte eingehend die Lage in Deutschland und die daraus für die Nationale Front des demokratischen Deutschland erwachsenden Aufgaben. Das Präsidium des Nationalrates beschloß die Bildung eines „Deutschen Rates zur Vorbereitung der Wiedervereinigung" und einer Reihe von Kommissionen, deren Aufgabe darin besteht, auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens notwendige Vorarbeiten zur friedlich-demokratischen Wiedervereinigung des Vaterlandes zu leisten.

Nach einer ausführlichen, von hoher nationaler Verantwortung getragenen Aussprache, an der sich unter anderen die Herren Dr. Dieckmann, Walter Ulbricht, Dr. Hans Loch, Prof. Albert Norden, Ernst Goldenbaum, Prof. Josef Stanek, August Bach, Herbert Warnke, Dr. Dr. Gereke, Heinrich Homann und Frau Ilse Thiele beteiligten, nahm das Präsidium den nachfolgenden Beschluß an:

### Beschluß des Präsidiums des Nationalrats

Wo immer Deutsche über Deutschland sprechen, wo immer die Verantwortung vor der Nation über Partei- oder Gruppeninteressen gestellt wird, setzt sich die Erkenntnis durch:

**Die Wiedervereinigung ist nur auf der Grundlage des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts möglich.**

**Die Wiedervereinigung kann nur auf dem Wege des Friedens, der Annäherung und Verständigung beider deutschen Staaten vollzogen werden.**

**Keine Macht der Welt kann Deutschland vereinen, wenn Deutsche nicht zu Deutschen finden!**



# das scharfe Auge

Betriebszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Betriebsparteiorganisation Telefunken / Sickingenstraße

April 1957



**Jetzt erst recht!**

## 1. Mai ohne Unternehmer und unter roten Fahnen!

**Am diesjährigen 1. Mai wird wieder erstmalig eine selbständige Gewerkschaftskundgebung der Arbeiter durchgeführt. Der CDU-Vorsitzende Lemmer konnte seine Absicht, den 1. Mai zu einer Hetzkundgebung für die Fortführung der Frontstadt-Politik auszunutzen, durch den Willen der Arbeiter nicht durchsetzen.**

Adenauers Beauftragter in Westberlin, Lemmer, hatte bekanntlich in einer Besprechung, an der neben Amrehn (CDU) von der SPD Suhr und Franz Neumann teilnahmen, kategorisch verlangt, man müsse den DGB in die Schranken verweisen.

**Es wäre untragbar gewesen, am 1. Mai mit der CDU gemeinsame Sache zu machen.** Die CDU ist die treibende Kraft bei der Erhöhung der Brotpreise und anderen Preisen, bei der Erhöhung der Mieten und der Zerschlagung der einheitlichen Sozialversicherung. Mit dieser Partei der NATO-Politiker konnten die Arbeiter keine gemeinsame Kundgebung machen und gegen ihre eigenen Interessen demonstrieren. Der Senat mußte den Rudolf-Wilde-Platz für eine Gewerkschaftskundgebung zur Verfügung stellen, denn es hätte genügend Straßen und Plätze in Berlin gegeben, um unter den Losungen der Arbeiter zu demonstrieren.

**Der 1. Mai als traditioneller Kampftag der Arbeiter muß in Westberlin Höhepunkt des Kampfes der Arbeiter für die Entmachtung der Monopole und für die friedliche Wiedervereinigung werden. Wir brauchen in Berlin nicht Zollmauern und taktische Atomwaffen, sondern die Verständigung der Arbeiter für die Aktionsgemeinschaft gegen die Konzerne und Militaristen.**

Die Monopol- und Konzernherren in Westdeutschland und Westberlin sind heute wieder mächtiger denn je. Zu ihrer Stütze haben sie den raubgierigen deutschen Militarismus

**DEMOKRATISCHE POLIZEI**

ORGAN DER GRUPPE DEMOKRATISCHER POLIZEIBEAMTEN IN BERLIN



April 1957

# Es kommt auch auf uns an!

**Aktuelle Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands**

Wenn die Arbeitnehmer aus den Städten und Dörfern der Bundesrepublik am 1. Mai zu Kundgebungen und Demonstrationen zusammenkommen, so drängt sie dazu nicht nur die gewerkschaftliche Tradition. Nein, der Feiertag der Arbeit besitzt in diesem Jahr eine im doppelten Sinne aktuelle Bedeutung: Er muß einerseits den durch die neue Teuerungswelle akut gewordenen sozialen Forderungen der Gewerkschaften Nachdruck verleihen und soll andererseits eindringlich vom Verlangen des Volkes nach der Einheit Deutschlands künden. „Wiedervereinigung ohne Gewalt — doch bald", das ist die vom DGB ausgegebene Parole. Das ist die Devise für den 1. Mai 1957.

Wer wollte und könnte dieser Devise nicht zustimmen? Sie entspricht in allem den Wünschen der meisten Deutschen im Westen wie im Osten und nennt mit dem Bemerken „ohne Gewalt" auch die Grundbedingung jeder konstruktiven Wiedervereinigungspolitik. Umso notwendiger erscheint es, prüfend zu fragen: Besteht die Chance, daß die gute Mai-Parole des DGB bald Erfüllung findet? Nimmt die gegenwärtig amtierende Bundesregierung Kurs auf die friedliche, gewaltlose Wiedervereinigung unserer Heimat?

*

Wer die Politik der Regierung Adenauer mit wachem Auge verfolgt, der sieht seit Jahr und Tag stets ein und dasselbe Bild. Da geht der Aufbau der Bundeswehr und ihre Ausrüstung mit modernen Waffen munter voran. Da schwört

## *Zum Geleit*

Das Organ „Demokratische Polizei", dessen erste Ausgabe wir hiermit den Kollegen übergeben, ist aus den Mitteilungsblättern der Gruppe demokratischer Polizeibeamten in Berlin hervorgegangen. Sein Sinn und Zweck läßt sich daher leicht umreißen: Das neue Organ soll mehr noch als die früheren Mitteilungen wichtige Probleme des polizeilichen Dienstes, der Politik und der Gewerkschaftsarbeit berühren, sie aus demokratischer Sicht prüfen und so den Lesern die richtige Orientierung geben.

Zweifellos kann unser Blatt diesem seinen Zweck auch gerecht werden. Denn wir, die aus Sorge um die Demokratie in Berlin die Gruppe demokratischer Polizeibeamten gegründet haben, stehen selbst im Polizeidienst. Wir sind langjährige Gewerkschaftler und verfügen dank unserer bisherigen Arbeit über enge Kontakte zu Freunden in der Bundesrepublik.

Auf diese Grundlage stützt sich das Organ „Demokratische Polizei". Es zum ständigen Helfer der Kollegen zu machen — das bleibt unser vornehmstes Anliegen.

# AUSSCHNITTE

**Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen**

## »Oberschüler in Uniform«

### Erste Kadettenanstalt in der Sowjetzone

Im September 1956 errichtete das "Ministerium für Nationale Verteidigung" der Sowjetzone in Naumburg/Saale die erste Kadettenanstalt.

Dort werden in dem Gebäude des ehemaligen "Königlichen Kadettenhauses" Jungen zwischen 12 und 15 Jahren, meist Kinder von Staats- und Parteifunktionären und Angehörigen der "bewaffneten Streitkräfte" von Offizieren und Unteroffizieren der "Nationalen Volksarmee" zu verläßlichen Offizieren, "die der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergeben sind" herangebildet (Neue Berliner Illustrierte, Ostberlin, 2. Februarheft). Die Kadetten tragen Uniform, ihr Tagesablauf ist durch "bestimmte militärische Richtlinien" geregelt.

Anläßlich des "Jahrestages der Nationalen Volksarmee" am 1. März veröffentlichte die Presse der Sowjetzone erste Bildberichte über die Naumburger Kadettenanstalt; eine Auswahl ist im folgenden wiedergegeben. Neben der militärischen Ausbildung wird, wie der Bericht auf Seite 7 zeigt, der ideologischen Schulung und Ausrichtung besondere Beachtung geschenkt. Aus technischen Gründen mußte sich der Nachdruck von Bildern auf einen Bildartikel beschränken.

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publika-

#176

**Im CASINO am Funkturm treffen sich die STAHLHELM-Faschisten**

Sie trommeln für die

# *Wehrpflicht*

**in West-Berlin!**

# Deutsche!
# Kriegsteilnehmer!
# Eltern der Jahrgänge 1929–1934!

## ACHTUNG!!!





## „Der Barras kommt!"

Sollen unsere Söhne über den Hof der Schulzendorf-, Gallwitz- und Krupp-Kaserne gescheucht werden?

**Eltern in Westberlin!**

Wollt Ihr Eure Söhne wieder „geradebiegen" und später als

**„Himmelfahrtskommando"**

in den Tod jagen lassen?



*Kindergeneral Wenck*

# Gleiche Brüder – gleiche Kappen

Am 10. März 1945 mußten sich Kreuzberger Hitlerjungen des Bannes 6/II auf ihrem Bann am Spittelmarkt zum Appell einfinden.

Sie, die Kameradschaften und HJ-Führer hatten die „Ehre", als 16jährige zu den Fahnen zu eilen, um unter Kindergeneral Wenck Berlin zu entsetzen.

Speidel wurde als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte ernannt.

Heusinger, ebenfalls ein alter Hitlergeneral, war maßgeblich an der Ausarbeitung der Pläne zum Überfall auf die Sowjetunion beteiligt und hat heute gleichfalls eine führende Kommandostelle inne.

**Am 1. April sollen wieder deutsche Jungen in die NATO-Kasernen einziehen.**

Auch viele Westberliner werden dabei sein. Bekanntlich sind gegenwärtig 10 Prozent aller NATO-Soldaten Berliner Jungen.

**Wir, die Freie Deutsche Jugend, warnen vor solch einer Entwicklung.**

**Wir fordern das Verbot jeglicher Werbung für die Bundesarmee in Berlin!**

*An Stelle der Ausgaben für die NATO-Armee fordern wir:*

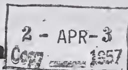
**Eine gesicherte soziale Existenz!**
**Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit!**
**40-Stunden-Woche für Jugendliche!**
**Aufhebung des Bildungsprivilegs an den Schulen!**

*Freie Deutsche Jugend*
*Kreuzberg*

L.C / G+E #8

X-DD261

#180 .4 .79 LC




LC

# Rundfunkstationen

**und Presseorgane Westberlins belügen Sie unaufhörlich und hetzen zum Krieg!**

*Westberliner Bürger!*

## Sie müssen die Wahrheit erfahren!

**Hören Sie deshalb den deutschen demokratischen Rundfunk!**

LC

**Steglitzer Arbeiter!** **Steglitzer Bürger!**

LC

## Der Krieg in Ägypten

**kann zum Weltbrand werden.**

LC




LC

tler! · Betriebsräte! · Steglitzer Arbeiter!

**erhindert das geplante**

## „STAHLHELM"-TREFFEN

Der „STAHLHELM" plant zum 13. November in Friedenau, Lokal „Prinz Handjery", Handjerystraße 42, Telefon Nr. 83 50 16, eine faschistische Provokation gegen die Berliner Arbeiter!

**Unser aller Massenprotest muß das verhindern!**

Entsendet sofort Delegationen und Protestschreiben zum Bezirksbürgermeister WOLF, Rathaus Schöneberg.

**Fordert das Verbot des „Stahlhelm"-Treffens**

**Alle militaristischen Organisationen müssen verboten werden!**

#181



# B ä n d i g t  d i e  M i l i t a r i s t e n !

In dieser Woche ist in Bonn eine Legende zerstört worden - die Legende vom " demokratischen Kommiß ". In dieser Woche haben die Militaristen vom Schlage der Speidel, Heusinger, Wenck, Kesselring usw. gezeigt, wie sie sich die künftige Entwicklung vorstellen. In dieser Woche haben in Bonn jene Parlamentarier der SPD, die bisher eifrig an der Militarisierung " demokratisch " mitgearbeitet haben, einen kräftigen Fußtritt erhalten. Was ist geschehen ?

Am Mittwoch haben die CDU - Wehrexperten im sogenannten Verteidigungsausschuß des Bundestages im Auftrage der Generalität und ihres Ministers Strauß die vier ständigen Unterausschüsse dieses Parlamementsgrmiums kurzerhand aufgelöst. Um den Protest der SPD haben sie sich nicht im geringsten geschert. Im Gegenteil, sie haben den SPD - Leuten frech ins Gesicht gesagt: Wir brauchen euch nicht mehr; eure Redereien verzögern nur die schnelle Aufstellung der Armee; außerdem seid ihr nicht einmal zuverlässig; hier geht es um geheime Sachen, und da kann man euch nicht trauen!

Man muß sich bei diesem Vorgang daran erinnern, welche Illusionen die SPD-Führung just an diese Ausschüsse und die sogenannten " Kontrollfunktionen des Parlaments " geknüpft hatte. Sie hat allen Ernstes die Ansicht verbreitet, es sei möglich, durch die parlamentarischen Institutionen die neue Armee im Adenauer - Staat zu " demokratisieren ". Das war auch ihre Begründung für die aktive Mitarbeit von SPD-Parlamentariern bei der Planung, Aufstellung und Ausrüstung dieser Armee. Mit dieser Begründung wies sie alle Forderungen zurück, dem wiedererstehenden deutschen Militarismus mit der ganzen Kraft der Volksmassen entgegenzuwirken.

Dagegen hatten freilich die Militaristen ganz und gar nichts einzuwenden. Inzwischen aber sind sieben Divisionen mit einem Mannschaftsbestand von 70 000 Mann ( nach offiziellen Angaben ) aufgestellt und die entscheidenden Gesetze für Wehrpflicht, Dienstzeit usw. sind durchgepeitscht. Jetzt kann man schon anders auftreten und sich dieser" parlamentarischen Schwätzer " entledigen. Sie tun damit nur, was sie schon immer getan haben, im Kaiserreich und in der Weimarer-Republik. Bei dem Vorhandensein von 70000 Mann lösen sie die Parlamentsausschüsse auf. Man kann sich ausrechnen, was sie tun werden, wenn sie 500.000 und mehr Mann zur Verfügung haben; dann wäre es wieder so weit, daß man mit einem Leutnant und drei Mann sozialdemokratische Regierungen davonjagen kann.

Wir haben das seit Jahren, von Anfang an den sozialdemokratischen Genossen gesagt, wir haben gewarnt: Wer den Militaristen auch nur den kleinen Finger reicht, der wird schließlich nicht nur Fußtritte ernten,

# Appel à l'humanité

Atome — La vie ou la mort, la prospérité ou la ruine, le bonheur ou les souffrances... Qui ne s'est pas demandé à l'occasion où tout cela nous mènera, depuis que le 6 août 1945, la première bombe atomique tomba sur Hiroshima répendant comme jamais auparavant la mort et l'effroi, la panique et la terreur, la maladie et les épidémies.

Il y va de la question de savoir si la bombe atomique sera un moyen de menace et d'extorsion dans la politique, un mot à l'emporte-pièce dans la guerre froide, ou si l'énergie nucléaire sera un outil entre les mains des hommes, pour former une nouvelle ère avec des possibilités insoupçonnées, pour se servir de la nature et de ses forces énormes, pour une vie, que les meilleurs n'ont pas osé rêver aux cours des siècles.

L'exploitation de l'énergie atomique est peut-être la plus grande découverte de l'humanité. Elle peut se tourner vers la destruction ou vers une vie agréable. Qui ne le sait pas aujourd'hui !

La scission nucléaire, la bombe, l'hydrogène, le cobalt — tout cela provoque chez chacun d'entre nous des réflexions, des idées dans les sens les plus différents ; la peur de ce qui pourrait survenir ; l'incertitude, le mépris frivole de la vie ; ou aussi des soucis et un pessimisme ; mais aussi la plus grande responsabilité morale de l'avenir de toute vie humaine. Qui n'a jamais ressenti tout cela !

La mère et le père, les jeunes et les vieux sont réunis et en parlent à l'occasion, parce qu'il s'agit de la vie et de la vie des enfants, pour lesquels nous sommes là.

Et voilà qu'arrive quelque chose.

Les hommes qui ont reconnu toutes ces nouvelles possibilités, qui les ont découvert, les ont essayé, ces hommes, qui ont ainsi placé la décision sur la ruine ou la meilleure vie entre les mains des hommes, les savants atomistes dirigeants du monde élèvent leur voix.

Dix-huit personnalités de renommée mondiale, parmi lesquelles 4 Prix Nobel, en appèlent aux Allemands et à tous les peuples du monde : Arrêtez, il y a péril en la demeure, devenez conscients, pour échapper à la destruction et sauvegarder la vie !

Dix-huit physiciens de réputation mondiale de l'Allemagne occidentale, les professeurs Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max von Laue, Heinz Mayer-Leibnitz, Josef Mattauch, Fr. A. Paneth, Wolfgang Pauli, Wolfgang Riezler, Fritz Strassmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich von Weizsaecker et Karl Wirtz, ont publié une déclaration le 12 avril 1957 dans laquelle ils affirment solennellement qu'aucun d'eux ne participera de quelque façon que ce soit à la construction, à l'expérimentation ou à l'emploi d'armes atomiques et s'élèvent contre l'équipement de l'armée de l'Allemagne occidentale dans l'O.T.A.N. avec des armes atomiques.

Dans leur déclaration, les savants avertissent de l'effet destructif monstreux des armes nucléaires de tout genre et soulignent :

« Les armes nucléaires tactiques possèdent la puissance destructrice de bombes atomiques normales. On les désigne comme « tactiques » pour exprimer qu'elles ne seront pas seulement employées contre les régions habitées, mais aussi contre les troupes dans les combats terrestres. Chaque bombe ou obus tactique atomique possède une puissance destructrice comparable à la première bombe atomique qui a détruit Hiroshima. Mais puisqu'aujourd'hui, il existe un nombre d'armes nucléaires tactiques beaucoup plus grand, la puissance destructrice dans l'ensemble serait beaucoup plus grande. Ces bombes ne sont désignées comme « petites » qu'en comparaison avec la « bombe » stratégique, développée entretemps, surtont la bombe à hydrogène.

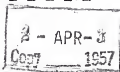

*le professeur Dr. Hahn*

Autant qu'on sache, il n'existe pas de limite naturelle à la possibilité de développement de la puissance exterminatrice des armes tactiques stratégiques. Par suite de la radioactivité des bombes à hydrogène, on pourrait anéantir, probablemet aujourd'hui déjà, la population entière de la République Fédérale. Nous ne connaissons aucun moyen technique de protéger les populations contre ce danger. »

Les savants déclarent que la Paix mondiale n'est servie que lorsque la République Fédérale « renonce expressément et volontairement à la possession d'armes atomiques de tout genre ». « De toute façon, nous affirmons, qu'aucun d'entre nous ne participera de quelque façon que ce soit à la construction, à l'expérimentation ou à l'emploi d'armes atomiques. En même temps nous soulignons qu'il est de la plus grande importance d'encourager avec tous les moyens l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire, et nous voulons y contribuer comme jusqu'à présent. »

# Wahlinformation

für Vertreter und Funktionäre der IG Metall im DGB.




Werte Kollegen!

In einigen Bezirken, so z.B. im Bezirk Wedding, Reinickendorf und Spandau, haben die Mitglieder und Funktionäre bereits die neuen Gewerkschaftsleitungen für die Wahlperiode 1956/57 gewählt.

Sicher ist es für alle Gewerkschaftsfunktionäre von grosser Wichtigkeit, aus diesen ersten Versammlungen Schlussfolgerungen zu ziehen, um die Gewerkschaftsarbeit im Verlauf der weiteren Wahlen zu verbessern.

Ohne Zweifel zeigte ein Teil der bisher durchgeführten Versammlungen, dass die Organisation der Metallarbeiter nicht nur organisatorisch gewachsen ist. Auf fast allen Versammlungen, ob auf der Gewerkschaftsmitgliederversammlung bei Schwartzkopff, der Mitgliederversammlung des Wahlkörpers 9 im Bezirk Wedding, auf den Versammlungen der einzelnen Siemens-Werke, den Wahlkörperversammlungen in Spandau oder in Reinickendorf, überall wurde über den Streik der schleswig-holsteiner Metallarbeiter diskutiert.

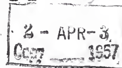
In einigen Versammlungen, so z.B. in der Versammlung des Siemens-Dynamowerkes wurde beschlossen, sofort mit der Solidaritätssammlung für die streikenden norddeutschen Kollegen zu beginnen. Auch Erich Galle stimmte auf der Versammlung in Reinickendorf den Forderungen der Arbeiter zu, in den Betrieben, ohne zu zögern, mit Solidaritätssammlungen zu beginnen. Kollege Franz Warnke erklärte bei Schwartzkopff, ebenso wie der Kollege Karl Lehmann in der AEG Turbine, dass der Kampf der schleswig-holsteiner Metallarbeiter auch der Kampf der Berliner Metallarbeiter sein muss.

Diese Ausführungen sowie auch die Diskussionen zeigen, wie sich die Mitglieder die Gewerkschaftsarbeit in der kommenden Wahlperiode vorstellen. Es geht um die Durchsetzung der Forderungen des Aktionsprogramms auch für die westberliner Metallarbeiter. Das ist der Auftrag, den die Delegierten für die neue Vertreterversammlung von ihren Kollegen erhielten. Auf der Reinickendorfer Wahlversammlung kam das besonders deutlich zum Ausdruck. Die Kollegen erwarten, dass der Lohn- und Manteltarifvertrag fristgemäss gekündigt und neue, bessere Bedingungen für die Arbeiter durchgesetzt werden.

-2-

# Wahlinformation

für Vertreter und Funktionäre der IG Metall im DGB.



Werte Kollegen!

In einigen Bezirken, so z.B. im Bezirk Wedding, Reinickendorf und Spandau, haben die Mitglieder und Funktionäre bereits die neuen Gewerkschaftsleitungen für die Wahlperiode 1956/57 gewählt.

Sicher ist es für alle Gewerkschaftsfunktionäre von grosser Wichtigkeit, aus diesen ersten Versammlungen Schlussfolgerungen zu ziehen, um die Gewerkschaftsarbeit im Verlauf der weiteren Wahlen zu verbessern.

Ohne Zweifel zeigte ein Teil der bisher durchgeführten Versammlungen, dass die Organisation der Metallarbeiter nicht nur organisatorisch gewachsen ist. Auf fast allen Versammlungen, ob auf der Gewerkschaftsmitgliederversammlung bei Schwartzkopff, der Mitgliederversammlung des Wahlkörpers 9 im Bezirk Wedding, auf den Versammlungen der einzelnen Siemens-Werke, den Wahlkörperversammlungen in Spandau oder in Reinickendorf, überall wurde über den Streik der schleswig-holsteiner Metallarbeiter diskutiert.

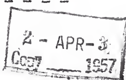
In einigen Versammlungen, so z.B. in der Versammlung des Siemens-Dynamowerkes wurde beschlossen, sofort mit der Solidaritätssammlung für die streikenden norddeutschen Kollegen zu beginnen. Auch Erich Galle stimmte auf der Versammlung in Reinickendorf den Forderungen der Arbeiter zu, in den Betrieben, ohne zu zögern, mit Solidaritätssammlungen zu beginnen. Kollege Franz Warnke erklärte bei Schwartzkopff, ebenso wie der Kollege Karl Lehmann in der AEG Turbine, dass der Kampf der schleswig-holsteiner Metallarbeiter auch der Kampf der Berliner Metallarbeiter sein muss.

Diese Ausführungen sowie auch die Diskussionen zeigen, wie sich die Mitglieder die Gewerkschaftsarbeit in der kommenden Wahlperiode vorstellen. Es geht um die Durchsetzung der Forderungen des Aktionsprogramms auch für die westberliner Metallarbeiter. Das ist der Auftrag, den die Delegierten für die neue Vertreterversammlung von ihren Kollegen erhielten. Auf der Reinickendorfer Wahlversammlung kam das besonders deutlich zum Ausdruck. Die Kollegen erwarten, dass der Lohn- und Manteltarifvertrag fristgemäss gekündigt und neue, bessere Bedingungen für die Arbeiter durchgesetzt werden.

LK

# Wahlinformation

für Vertreter und Funktionäre der IG Metall im DGB.



Werte Kollegen!

In einigen Bezirken, so z.B. im Bezirk Wedding, Reinickendorf und Spandau, haben die Mitglieder und Funktionäre bereits die neuen Gewerkschaftsleitungen für die Wahlperiode 1956/57 gewählt.

Sicher ist es für alle Gewerkschaftsfunktionäre von grosser Wichtigkeit, aus diesen ersten Versammlungen Schlussfolgerungen zu ziehen, um die Gewerkschaftsarbeit im Verlauf der weiteren Wahlen zu verbessern.

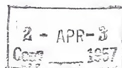
Ohne Zweifel zeigte ein Teil der bisher durchgeführten Versammlungen, dass die Organisation der Metallarbeiter nicht nur organisatorisch gewachsen ist. Auf fast allen Versammlungen, ob auf der Gewerkschaftsmitgliederversammlung bei Schwartzkopff, der Mitgliederversammlung des Wahlkörpers 9 im Bezirk Wedding, auf den Versammlungen der einzelnen Siemens-Werke, den Wahlkörperversammlungen in Spandau oder in Reinickendorf, überall wurde über den Streik der schleswig-holsteiner Metallarbeiter diskutiert.

In einigen Versammlungen, so z.B. in der Versammlung des Siemens-Dynamowerkes wurde beschlossen, sofort mit der Solidaritätssammlung für die streikenden norddeutschen Kollegen zu beginnen. Auch Erich Galle stimmte auf der Versammlung in Reinickendorf den Forderungen der Arbeiter zu, in den Betrieben, ohne zu zögern, mit Solidaritätssammlungen zu beginnen. Kollege Franz Warnke erklärte bei Schwartzkopff, ebenso wie der Kollege Karl Lehmann in der AEG Turbine, dass der Kampf der schleswig-holsteiner Metallarbeiter auch der Kampf der Berliner Metallarbeiter sein muss.

Diese Ausführungen sowie auch die Diskussionen zeigen, wie sich die Mitglieder die Gewerkschaftsarbeit in der kommenden Wahlperiode vorstellen. Es geht um die Durchsetzung der Forderungen des Aktionsprogramms auch für die westberliner Metallarbeiter. Das ist der Auftrag, den die Delegierten für die neue Vertreterversammlung von ihren Kollegen erhielten. Auf der Reinickendorfer Wahlversammlung kam das besonders deutlich zum Ausdruck. Die Kollegen erwarten, dass der Lohn- und Manteltarifvertrag fristgemäss gekündigt und neue, bessere Bedingungen für die Arbeiter durchgesetzt werden.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Kreis Wilmersdorf

Berlin, den 2. Januar 1957




Liebe Genossen !

Wir gestatten uns, Euch zum Jahreswechsel die allerbesten Kampfesgrüsse, vor allen Dingen Gesundheit für Euch und Eure Familie zu übermitteln.

Viele sozialdemokratische Arbeiter und Anhänger der SPD stellen sich die Frage: Wird der ausserordentliche Landesparteitag am 6.Januar 1957 der Auftakt zu einer Änderung des politischen Kurses in Berlin sein oder wird der Landesvorstand, wie bisher, im alten ausgefahrenen Gleis der Koalition steuern und sich weiterhin den Forderungen der CDU unterwerfen ?

Nach unserer Meinung ist es notwendig, eine konsequente Politik gegen den Klassengegner durchzuführen. Nur so wird es möglich sein, den Belastungen, die durch die Remilitarisierung gleich zu Anfang des Jahres spürbar sind - Mietpreiserhöhung und Erhöhung vieler Bedarfsgegenstände - zu begegnen. Eines steht fest, die Arbeiterklasse kann und wird sich keine weiteren Verschlechterungen mehr gefallen lassen. Es ist notwendig, den Großaktionären die Belastungen aufzuzwingen, die auf Kosten der Werktätigen von Jahr zu Jahr ihre Profite und Dividenden erhöht haben.

Wir begrüßen den Antrag des Kreises Wilmersdorf, der zum Hauptinhalt hatte,

> "mit allen Mitteln die unvertretbaren Preissteigerungen zu unterbinden, um die notleidende Berliner Bevölkerung vor weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu schützen."

Es würde uns freuen, noch mehr mit Euch in Kontakt zu kommen, um gemeinsam die Angriffe der Monopolkapitalisten und Militaristen auf die Lebenshaltung der Bevölkerung zu zerschlagen. In Zusammenarbeit mit allen organisierten und nichtorganisierten Werktätigen wird es uns auch in Berlin gelingen, eine Politik der Verständigung und Normalisierung durchzuführen. Damit wird ein entscheidender Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet und die Lebenshaltung der Bevölkerung gesichert werden.

Wir wünschen Euch nochmals zum Jahreswechsel alles Gute und gemeinsame Erfolge in der politischen Arbeit zum Wohle der Berliner Bevölkerung.

Mit sozialistischem Gruß

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Kreis Wilmersdorf

1. Sekretär

gez. B i b o

# Was verschweigt die bürgerliche Presse den westdeutschen Arbeitern?



## Revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Regierung in Ungarn gebildet

**Budapest. In Budapest wurde ein „Aufruf der Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung an das ungarische Volk" veröffentlicht. Der Aufruf lautet: Es hat sich eine Ungarische Revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Regierung gebildet!**

**Am 23. Oktober begann in unserem Lande eine Massenbewegung, deren edles Ziel darin bestand, die partei- und volksfeindlichen Fehler, die Rákosi und seine Anhänger begingen, zu korrigieren und die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen. Die Schwächung der Regierung Imre Nagy und der wachsende Einfluß der in Bewegung geratenen konterrevolutionären Elemente brachten unsere sozialistischen Errungenschaften, unseren Volksstaat, unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Existenz unseres ganzen Heimatlandes in Gefahr.**

**Das veranlaßte uns ungarische Patrioten zur Schaffung einer Ungarischen Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung.**

**Die Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Janos Kadar — Ministerpräsident; Ferenc Münnich — stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Streitkräfte und öffentliche Sicherheit; György Marosan — Staatsminister; Imre Horvath — Außenminister; Istvan Kosta — Finanzminister; Antal Apro — Minister für Schwerindustrie; Imre Degen — Minister für Landwirtschaft; Sandor Ronai — Handelsminister. Die übrigen Ministerposten haben wir vorläufig unbesetzt gelassen. Sie werden nach der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung besetzt, wozu Vertreter anderer Parteien und treu zu unserer Volksdemokratie stehende Parteilose eingeladen werden müssen, die bereit sind, mit uns die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen.**

## Aufruf an das ungarische Volk

Die neugebildete Regierung wendet sich an das ungarische Volk:

Aufruf der Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung! Ungarische Brüder! Arbeiter! Soldaten! Genossen!

Unsere Nation durchlebt eine schwere Zeit. Die Macht der Arbeiter und Bauern, die heilige Sache des Sozialismus befindet sich in Gefahr. Unsere Errungenschaften der vergangenen zwölf Jahre, die Ihr ungarischen Werktätigen und Ihr ungarischen Arbeiter mit Euren Händen, durch Eure heldenhafte aufopferungsvolle Arbeit geschaffen habt, schweben in großer Gefahr.

Die konterrevolutionären Verschwörer entlarven sich immer mehr. Sie verfolgen schonungslos alle Demokraten. Nyilas-Leute und andere Verbrecher ermorden ehrliche Patrioten und unsere besten Genossen.

Wir wissen, daß es in unserem Lande noch viele ungelöste Fragen, noch viele Schwierigkeiten gibt, gegen die wir kämpfen müssen. Das Leben der Werktätigen ist noch längst nicht so, wie es in einem Lande, das den Sozialismus aufbaut, sein muß. Neben dem Fortschritt, der in den vergangenen zwölf Jahren in der Zeit der Rákosi-Gerö-Gruppe erzielt wurde, wurden viele große Fehler und schwerwiegende Verletzungen der Gesetzlichkeit begangen, was unter den Werktätigen berechtigte Unzufriedenheit auslöste.

Die Reaktionäre verfolgen ihre selbstsüchtigen Ziele. Sie haben die Hand an unsere volksdemokratische Ordnung gelegt. Das bedeutet, daß sie die Fabriken und Werke den Kapitalisten und das Land den Gutsbesitzern übergeben wollen. Sie wollen die Gendarmen, Polizisten, das ganze alte, verfluchte, dem Volk verhaßte Regime der Unterdrücker und Ausbeuter dem Volk aufbürden. Nicht Freiheit, Wohlstand und Demokratie würden sie Euch bringen, wenn sie siegten, sondern Sklaverei, Not, Arbeitslosigkeit und erbarmungslose Unterdrückung.

Unter Ausnutzung der im Verlauf des Ausbaus der Volksdemokratie begangenen Fehler haben reaktionäre Elemente viele rechtschaffene Werktätige und insbesondere einen großen Teil der Jugend, die sich aus ehrlichen patriotischen Regungen heraus der Bewegung anschloß, in die Irre geführt. Diese ehrlichen Patrioten traten für die weitere Entwicklung der Demokratisierung in unserem ganzen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben ein, was die Festigung der Grundlagen des Sozialismus in unserem Heimatland gewährleistet. Sie erhoben ihre Stimme dafür, daß Ungarn wachse und gedeihe als ein freier, souveräner Staat in Freundschaft mit den anderen sozialistischen Ländern. Deshalb ist es falsch und verbrecherisch, derartige Menschen wegen ihrer Beteiligung an der Bewegung anzuklagen.

L e s e n! Weitergeben!

## Jetzt heißt es: Klaren Kopf behalten!

Die Konzernpresse läuft zur Zeit auf Hochtouren. Jeden Tag eine neue Schlagzeile! Allen von Euch sind sicherlich noch einige dieser Zeitungsenten bekannt, die mit großen Überschriften erschienen sind, doch schon nach kurzer Zeit als Lügen entlarvt werden konnten.



So zum Beispiel:

"Malenkow nach Sibirien gebracht!"
"Malenkow gehängt!"
"Jädicke: Es war, als wenn die Haut kocht!"
"Der Sohn Friedrich Eberts hat sich abgesetzt!"
"Bahndamm über den Templiner See (Berliner Außenring) abgesackt, Gleise hängen in der Luft!"
"Aufstand in Magdeburg!"

Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortführen, doch die genannten Beispiele genügen. Die Hintergründe für diese Zeitungsenten sind:

Die Arbeiter von ihren eigenen Sorgen und Nöten abzulenken!
Die ständige Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung soll verschleiert werden.
Die Arbeiter sollen nicht über ihre eigene Lage diskutieren, sondern durch das oben Aufgeführte von ihrem berechtigten Kampf abgehalten werden.

In einer Sitzung des westberliner Unternehmer-Verbandes (nachzulesen im "Berliner Wirtschaftsblatt" Nr.42) wurde festgelegt, in der nächsten Zeit zu folgenden Angriffen auf die Arbeiter überzugehen:

1. Produktionssteigerung je Arbeitsstunde durch geeignete Maßnahmen!
2. Die bestehenden Vorgabezeiten müssen geändert werden! (Dieses Vorhaben wurde am 25.10. von den 900 Arbeitern bei der AEG - Turbine durch einen Streik vereitelt. Aus diesem Streik machte die Westpresse <u>keine</u> Bombenüberschrift!)
3. Streichung der Pausen, Überprüfung aller Akkorde, usw. usf.

Aus diesen paar angeführten Punkten ist klar ersichtlich, daß der Generalangriff zur weiteren Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter läuft.

Das erste Ergebnis dieser Anweisungen ist, das Urteil des Arbeitsgerichts Moabit gegen einen Kesselschmied, der die Überstunden verweigerte und darum fristlos entlassen wurde.

Bitte wenden!

L e s e n!



**Weitergeben!**

#189

## K o l l e g e n !

Mit der erkämpften Arbeitszeitverkürzung auf erst einmal 45 Stunden erfolgt von seiten der Unternehmer ein Generalangriff auf die Arbeiterklasse. . Man will die abgerungenen 3 Stunden doppelt und dreifach zu Gunsten der Unternehmer wieder wettmachen.
Wie es geschehen soll, wurde auf einer Geheimtagung der Unternehmer festgelegt.

Um alle Kollegen rechtzeitig auf diese Gefahr hinzuweisen, sehen wir es als unsere Pflicht an, die von den Unternehmern festgelegte Linie bekanntzugeben.

Nachstehend einige Punkte der beschlossenen Richtlinien, die das Organ der Industrie- und Handelskammer, "Die Berliner Wirtschaft" in Nr. 42/56 veröffentlicht hat:

> "Es kommt also darauf an, die Produktivität, d.h. die Produktionsleistung je Arbeitsstunde, durch geeignete Maßnahmen so zu steigern, daß künftig mit einer geringeren Zahl von Arbeitsstunden die gleiche Produktionsmenge wie bisher erzielt werden kann....
>
> ...Bestehende Vorgabezeiten können geändert werden, wenn technische und organisatorische Veränderungen durchgeführt worden sind. Der Zweck solcher Rationalisierung besteht ja nicht darin, die Akkordlohnempfänger zu unverdienten Erhöhungen ihrer Arbeitsentgelte kommen zu lassen....
>
> ...Ferner ist eine genaue, laufende Ermittlung der Fehlschichten bzw. Fehlstunden innerhalb der einzelnen Lohnperioden zu empfehlen....
>
> ...Mit dem Übergang zur 45stündigen Arbeitswoche entfällt mithin die gesetzliche Voraussetzung für die Gewährung des Hausarbeitstages....
>
> ...Die Fehlstunden müssen aber auch nach ihren einzelnen Gründen (Unfälle, Krankheiten, Tarifurlaub, entschuldigtes und unentschuldigtes Fernbleiben) aufgegliedert werden, um den beeinflußbaren Ursachen entsprechend nachgehen zu können....
>
> ...die vielfachen Wünsche von Arbeitnehmern nach Erteilung von Sonderurlaub bzw. Freistellung von der Arbeit zur Erledigung privater Angelegenheiten dürften meistens nicht mehr gerechtfertigt sein....
>
> ...Ebenso dürfte es sich empfehlen, in Verbindung mit der Arbeitszeitverkürzung eine bessere Kontrolle der pünktlichen Arbeitsaufnahme und eine wirksamere Unterbindung des vorzeitigen Arbeitsschlusses einzuführen....
>
> ...Maschinenarbeiter können auch durch Beobachtung der Stromkurve überwacht werden....
>
> ...Für diejenigen Betriebe, in denen eine Bezahlung der Arbeitspausen eingeführt ist, ergibt sich die naheliegende Frage, ob sie mit der Arbeitszeitverkürzung diesen Zustand nicht beseitigen sollten....
>
> ...Die Bezahlung der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen ist deshalb tarifwidrig....



bitte wenden!

# APPELL AUS HENNIGSDORF

In einer Stunde ernster Gefahr, die durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in einem Teil Deutschlands für alle friedliebenden Menschen heraufbeschworen wird, wenden wir Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler der Lokomotivbau-Elektrotechnischen Werke „Hans Beimler" in Hennigsdorf uns in folgender Sache an die öffentliche Meinung:

Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands sind heute in vielen Fragen verschiedener Meinung, einig aber ist sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten darin, daß Deutschland endlich ein Land des Friedens werden muß und daß von Deutschland her nie wieder Kriegsgefahr über Europa und die Welt gebracht werden darf.

Gerade weil im deutschen Volke ie feierlichen Verpflichtungen der germächte aus den Jahren nach 5 noch in guter Erinnerung sind, rstehen wir nicht, wieso heute auf Drängen der Westmächte die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik erzwungen wurde, obwohl die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich verpflichtet hat, auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verzichten. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht widerspricht den weltweiten Bestrebungen für eine allgemeine Abrüstung. Wir arbeiten heute noch unter Opfern daran, die Folgen des 2. Weltkrieges in Deutschland zu überwinden und deshalb sind wir dagegen, daß wiederum junge Menschen in Deutschland zu Krieg und Bruderkrieg gedrillt werden.

Darum bitten wir jeden verantwortungsbewußten Deutschen, dem es ernst ist um das Wohl seiner Familie und das Gedeihen unseres Vaterlandes, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Frage Gehör findet, indem er sich unserem Aufruf anschließt.

Wir sind keine Diplomaten in völkerrechtlichen Fragen, aber wir glauben, daß es nicht nur für Deutschland, sondern für alle Völker Europas gut wäre, beide deutschen Staaten in eine Zone der beschränkten Rüstung einzubeziehen. Wir haben die Hoffnung, daß die Schaffung einer solchen Zone und der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht in ganz Deutschland wichtige Beiträge für die allgemeine Abrüstung in der ganzen Welt sein könnte. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, wie dringend tüchtige Hände in allen Berufen gebraucht werden. Deshalb unterstützen wir jede Maßnahme, die auf eine systematische Verringerung aller Truppen und Waffen in der Welt gerichtet ist und die von allen Völkern immer stärker gefordert wird.

Mit großer Besorgnis haben wir aus den Erklärungen namhafter westdeutscher Wissenschaftler ersehen, daß durch die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben die Radioaktivität auf der Erde derart gesteigert wird, daß Gesundheit und Leben vieler Menschen in direkter und indirekter Weise ernsthaft bedroht sind. Wir sind der Meinung, daß die Bedrohung der Menschen durch Atom- und Wasserstoffbomben beseitigt werden muß und daß die Atomenergie der Menschheit zum Segen und nicht zum Fluche gereichen soll. Deshalb sind wir dagegen, daß noch immer im Westen unserer Heimat Atomwaffen stationiert werden und glauben, daß uns die Menschen in allen Teilen unseres Vaterlandes unterstützen.

Die Forderung des Weltfriedensrates an alle Mächte, die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen, ist uns aus dem Herzen gesprochen.

Wir wenden uns daher an alle Arbeiter, Angestellten, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und alle friedliebenden Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik, mit uns gemeinsam den Weltfriedensrat zu bitten, geeignete Schritte zu unternehmen, um alle Regierungen, vor allem die Großmächte und die Organisation der Vereinten Nationen darauf hinzuweisen, daß von der Entwicklung in Westdeutschland eine ernste Gefahr ausgeht und daß es notwendig ist, auf die Wehrpflicht in ganz Deutschland zu verzichten und die Stationierung von Atomwaffen in ganz Deutschland zu verbieten.

Das würde dem Geist der Vereinbarungen der Regierungschefs der vier Großmächte auf der Genfer Konferenz entsprechen.

Wir wissen, daß die Verständigung der Deutschen untereinander die Sache unseres Volkes ist. Wir wissen aber auch, daß ausländische Kräfte diese Verständigung erschweren und deshalb wenden wir uns mit diesem Appell an den Weltfriedensrat.

Unterstützen wir alle die Bemühungen, um die Schaffung fester Garantien für eine friedliche Entwicklung in Deutschland und in Europa. Nie darf unseren Kindern widerfahren, was wir in der Vergangenheit an bitterem Leid erlitten haben. Jeder muß mithelfen, damit die Sehnsucht der Menschen nach Wahrheit, nach Freiheit und Frieden ihre Erfüllung findet.

Hennigsdorf, den 7. August 1956

Gezeichnet:

Werner [illegible], Techniker, Falkensee Berliner Str. 84
[illegible], Kommissar, Hennigsdorf 6. [illegible], [illegible] 1
[illegible], Technologe Stahl- u. Walzwerk Hennigsdorf
Werner [illegible] Velten [illegible]str. 5 [illegible]
[illegible] Hennigsdorf, [illegible]str. 18 [illegible]
Wilfried Habermauer Falkensee-Finkenkrug Karl-Marx-Str 21 Konstrukteur
[illegible] Hennigsdorf [illegible] 10. [illegible]
Manfred [illegible], Konstrukteur, Hennigsdorf [illegible]str. 9 c
[illegible] Vogel, Konstrukteur Hennigsdorf b. Berlin, Rathenaustr. 15
[illegible], Ingenieur, Hennigsdorf Str. d. Aktivisten 17a
Harry [illegible] Ingenieur Hennigsdorf Falkenstr. 14
Fritz [illegible] Konstrukteur Hennigsdorf [illegible]
Rudi [illegible], Konstrukteur Velten, Heidestr. 4
O. [illegible] Hohen-Neuendorf [illegible] 33
H. [illegible] Hennigsdorf [illegible] 6 a.
[illegible] Hennigsdorf, [illegible] 10

# APPELL AUS HENNIGSDORF

In einer Stunde ernster Gefahr, die durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in einem Teil Deutschlands für alle friedliebenden Menschen heraufbeschworen wird, wenden wir Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler der Lokomotivbau-Elektrotechnischen Werke „Hans Beimler" in Hennigsdorf uns in folgender Sache an die öffentliche Meinung:

Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands sind heute in vielen Fragen verschiedener Meinung, einig aber ist sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten darin, daß Deutschland endlich ein Land des Friedens werden muß und daß von Deutschland her nie wieder Kriegsgefahr über Europa und die Welt gebracht werden darf.

Gerade weil im deutschen Volke die feierlichen Verpflichtungen der Siegermächte aus den Jahren nach 1945 noch in guter Erinnerung sind, verstehen wir nicht, wieso heute auf Drängen der Westmächte die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik erzwungen wurde, obwohl die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich verpflichtet hat, auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verzichten. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht widerspricht den weltweiten Bestrebungen für eine allgemeine Abrüstung. Wir arbeiten heute noch unter Opfern daran, die Folgen des 2. Weltkrieges in Deutschland zu überwinden und deshalb sind wir dagegen, daß wiederum junge Menschen in Deutschland zu Krieg und Bruderkrieg gedrillt werden.

Darum bitten wir jeden verantwortungsbewußten Deutschen, dem es ernst ist um das Wohl seiner Familie und das Gedeihen unseres Vaterlandes, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Frage Gehör findet, indem er sich unserem Aufruf anschließt.

Wir sind keine Diplomaten in völkerrechtlichen Fragen, aber wir glauben, daß es nicht nur für Deutschland, sondern für alle Völker Europas gut wäre, beide deutschen Staaten in eine Zone der beschränkten Rüstung einzubeziehen. Wir haben die Hoffnung, daß die Schaffung einer solchen Zone und der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht in ganz Deutschland wichtige Beiträge für die allgemeine Abrüstung in der ganzen Welt sein könnte. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, wie dringend tüchtige Hände in allen Berufen gebraucht werden. Deshalb unterstützen wir jede Maßnahme, die auf eine systematische Verringerung aller Truppen und Waffen in der Welt gerichtet ist und die von allen Völkern immer stärker gefordert wird.

Mit großer Besorgnis haben wir aus den Erklärungen namhafter westdeutscher Wissenschaftler ersehen, daß durch die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben die Radioaktivität auf der Erde derart gesteigert wird, daß Gesundheit und Leben vieler Menschen in direkter und indirekter Weise ernsthaft bedroht sind. Wir sind der Meinung, daß die Bedrohung der Menschen durch Atom- und Wasserstoffbomben beseitigt werden muß und daß die Atomenergie der Menschheit zum Segen und nicht zum Fluche gereichen soll. Deshalb sind wir dagegen, daß noch immer im Westen unserer Heimat Atomwaffen stationiert werden und glauben, daß uns die Menschen in allen Teilen unseres Vaterlandes unterstützen.

Die Forderung des Weltfriedensrates an alle Mächte, die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen, ist uns aus dem Herzen gesprochen.

Wir wenden uns daher an alle Arbeiter, Angestellten, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und alle friedliebenden Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik, mit uns gemeinsam den Weltfriedensrat zu bitten, geeignete Schritte zu unternehmen, um alle Regierungen, vor allem die Großmächte und die Organisation der Vereinten Nationen darauf hinzuweisen, daß von der Entwicklung in Westdeutschland eine ernste Gefahr ausgeht und daß es notwendig ist, auf die Wehrpflicht in ganz Deutschland zu verzichten und die Stationierung von Atomwaffen in ganz Deutschland zu verbieten.

Das würde dem Geist der Vereinbarungen der Regierungschefs der vier Großmächte auf der Genfer Konferenz entsprechen.

Wir wissen, daß die Verständigung der Deutschen untereinander die Sache unseres Volkes ist. Wir wissen aber auch, daß ausländische Kräfte diese Verständigung erschweren und deshalb wenden wir uns mit diesem Appell an den Weltfriedensrat.

Unterstützen wir alle die Bemühungen, um die Schaffung fester Garantien für eine friedliche Entwicklung in Deutschland und in Europa. Nie darf unseren Kindern widerfahren, was wir in der Vergangenheit an bitterem Leid erlitten haben. Jeder muß mithelfen, damit die Sehnsucht der Menschen nach Wahrheit, nach Freiheit und Frieden ihre Erfüllung findet.

Hennigsdorf, den 7. August 1956

Gezeichnet:

[illegible], Techniker, Falkensee Berliner Str. 84
[illegible], [illegible], Hennigsdorf 6. [illegible], [illegible] 1
[illegible], Technologe Stahl- u. Walzwerk Hennigsdorf
Werner [illegible] Velten [illegible]-str. 5 [illegible]
[illegible], Hennigsdorf, [illegible] 18 [illegible]
Wilfried Habermann Falkensee-Finkenkrug Karl-Marx-Str 21 Konstrukteur
[illegible] Hennigsdorf [illegible] 10. Betriebsarzt
Manfred [illegible], Konstrukteur, Hennigsdorf [illegible] 9a

Gregor Vogel, Konstrukteur Hennigsdorf b. Berlin, Rathenaustr. 15
Hans [illegible] Ingenieur, Hennigsdorf Str. d. Aktivisten 17a
Harry [illegible] Ingenieur Hennigsdorf Falkenstr. 14
Fritz [illegible], Konstrukteur Hennigsdorf [illegible] Bl. I
Rudi [illegible], Konstrukteur Velten, Heidestr. 4
O. [illegible] Hohen-Neuendorf [illegible] 37
[illegible] Hennigsdorf [illegible] 6a.
[illegible] Hennigsdorf, [illegible] 10

# APPELL AUS HENNIGSDORF

In einer Stunde ernster Gefahr, die durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in einem Teil Deutschlands für alle friedliebenden Menschen heraufbeschworen wird, wenden wir Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler der Lokomotivbau-Elektrotechnischen Werke „Hans Beimler" in Hennigsdorf uns in folgender Sache an die öffentliche Meinung:

Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands sind heute in vielen Fragen verschiedener Meinung, einig aber ist sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten darin, daß Deutschland endlich ein Land des Friedens werden muß und daß von Deutschland her nie wieder Kriegsgefahr über Europa und die Welt gebracht werden darf.

Gerade weil im deutschen Volke die feierlichen Verpflichtungen der Siegermächte aus den Jahren nach 1945 noch in guter Erinnerung sind, verstehen wir nicht, wieso heute auf Drängen der Westmächte die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik erzwungen wurde, obwohl die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich verpflichtet hat, auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verzichten. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht widerspricht den weltweiten Bestrebungen für eine allgemeine Abrüstung. Wir arbeiten heute noch unter Opfern daran, die Folgen des 2. Weltkrieges in Deutschland zu überwinden und deshalb sind wir dagegen, daß wiederum junge Menschen in Deutschland zu Krieg und Bruderkrieg gedrillt werden.

Darum bitten wir jeden verantwortungsbewußten Deutschen, dem es ernst ist um das Wohl seiner Familie und das Gedeihen unseres Vaterlandes, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Frage Gehör findet, indem er sich unserem Aufruf anschließt.

Wir sind keine Diplomaten in völkerrechtlichen Fragen, aber wir glauben, daß es nicht nur für Deutschland, sondern für alle Völker Europas gut wäre, beide deutschen Staaten in eine Zone der beschränkten Rüstung einzubeziehen. Wir haben die Hoffnung, daß die Schaffung einer solchen Zone und der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht in ganz Deutschland wichtige Beiträge für die allgemeine Abrüstung in der ganzen Welt sein könnte. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, wie dringend tüchtige Hände in allen Berufen gebraucht werden. Deshalb unterstützen wir jede Maßnahme, die auf eine systematische Verringerung aller Truppen und Waffen in der Welt gerichtet ist und die von allen Völkern immer stärker gefordert wird.

Mit großer Besorgnis haben wir aus den Erklärungen namhafter westdeutscher Wissenschaftler ersehen, daß durch die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben die Radioaktivität auf der Erde derart gesteigert wird, daß Gesundheit und Leben vieler Menschen in direkter und indirekter Weise ernsthaft bedroht sind. Wir sind der Meinung, daß die Bedrohung der Menschen durch Atom- und Wasserstoffbomben beseitigt werden muß und daß die Atomenergie der Menschheit zum Segen und nicht zum Fluche gereichen soll. Deshalb sind wir dagegen, daß noch immer im Westen unserer Heimat Atomwaffen stationiert werden und glauben, daß uns die Menschen in allen Teilen unseres Vaterlandes unterstützen.

Die Forderung des Weltfriedensrates an alle Mächte, die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen, ist uns aus dem Herzen gesprochen.

Wir wenden uns daher an alle Arbeiter, Angestellten, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und alle friedliebenden Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik, mit uns gemeinsam den Weltfriedensrat zu bitten, geeignete Schritte zu unternehmen, um alle Regierungen, vor allem die Großmächte und die Organisation der Vereinten Nationen darauf hinzuweisen, daß von der Entwicklung in Westdeutschland eine ernste Gefahr ausgeht und daß es notwendig ist, auf die Wehrpflicht in ganz Deutschland zu verzichten und die Stationierung von Atomwaffen in ganz Deutschland zu verbieten.

Das würde dem Geist der Vereinbarungen der Regierungschefs der vier Großmächte auf der Genfer Konferenz entsprechen.

Wir wissen, daß die Verständigung der Deutschen untereinander die Sache unseres Volkes ist. Wir wissen aber auch, daß ausländische Kräfte diese Verständigung erschweren und deshalb wenden wir uns mit diesem Appell an den Weltfriedensrat.

Unterstützen wir alle die Bemühungen, um die Schaffung fester Garantien für eine friedliche Entwicklung in Deutschland und in Europa. Nie darf unseren Kindern widerfahren, was wir in der Vergangenheit an bitterem Leid erlitten haben. Jeder muß mithelfen, damit die Sehnsucht der Menschen nach Wahrheit, nach Freiheit und Frieden ihre Erfüllung findet.

Hennigsdorf, den 7. August 1956

Gezeichnet:

Werner [illegible], Techniker, Falkensee Berliner Str. 84
[illegible], Konstrukteur, Hennigsdorf b. Bln., [illegible] 1
[illegible], Technologe [illegible] Walzwerk Hennigsdorf
Werner [illegible] Velten [illegible]-str. 5 [illegible]
[illegible], Hennigsdorf, [illegible]str. 18 [illegible]
Wilfried [illegible] Falkensee-Finkenkrug Karl-Marx-Str 21 Konstrukteur
[illegible] Hennigsdorf [illegible] 10. Betriebsarzt
Manfred [illegible], Konstrukteur, Hennigsdorf [illegible]str. 9a
[illegible] Vogel, Konstrukteur Hennigsdorf b. Berlin, Rathenaustr. 15
[illegible], Ingenieur, Hennigsdorf Str. d. Aktivisten 17a
Harry Wohler Ingenieur Hennigsdorf Falkenstr. 14
Fritz [illegible], Konstrukteur Hennigsdorf [illegible] Bl. V
Rudi [illegible], Konstrukteur Velten, Heidestr. 4
O. [illegible] Hohen-Neuendorf [illegible] 37
[illegible] Hennigsdorf [illegible] 5a
[illegible] Hennigsdorf, [illegible]str. 10

LC

SD

Werter Kollege!

Gerade in den letzten Tagen zeigt sich immer deutlicher, daß die NATO-Strategen auch nach den westberliner Jugendlichen greifen. Alarmierend muss die Tatsache wirken, daß die neuen Strafbestimmungen der westdeutschen NATO-Armee auch für Westberlin wirksam sein sollen.

Unsere Partei hat deshalb dem Senat und dem Abgeordnetenhaus sowie der Fraktion der SPD einen Antrag gegen die Werbung westberliner Jugendlicher überreicht. Wir erlauben uns, Dir diesen Antrag zur Kenntnis zu geben und bitten Dich, darüber auch im Kreise Deiner Kollegen zu sprechen, damit der Wille der westberliner Arbeiter, sich schützend vor die Jugend zu stellen, zur Tat wird.

#193



An die
Fraktion der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Werte Genossen!

Am 29.11.56 haben wir dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Willi Brandt, beiliegenden Antrag übergeben. Dieser Antrag sieht vor, jede Art der Rekrutierung von Jugendlichen Westberlins (auch die Werbung von Freiwilligen) für die westdeutsche Armee und die geplante Anwendung des Wehrstrafgesetzes in Westberlin zu verhindern.

In vielen westdeutschen Städten, so in München, Augsburg, Ulm, und in 58 Gemeinden Hessens, usw. haben die zuständigen Parlamente es abgelehnt, den Rekrutierungsplänen der Adenauer-CDU Folge zu leisten.

Auch Eure Parteiführung hat sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen.

Auf Grund Eurer parlamentarischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus habt Ihr die Möglichkeit, alle Pläne der Bonner Militaristen zu verhindern.

Stellt Euch mit uns schützend vor unsere Jugend.

Wir ersuchen Euch, unseren Antrag im Abgeordnetenhaus zu unterstützen oder einen gleichartigen Antrag einzubringen.

Mit sozialistischem Gruß!

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Bezirksleitung Groß-Berlin

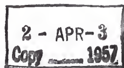
Kommission der Wählervertreter

gez. Bruno Baum

LC

Offener Brief






#194

An den

Kreisvorstand der S P D

Kreuzberg

Werte Genossen!

Seit fast vier Jahrzehnten demonstrieren alljährlich die Werktätigen Berlins zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Friedrichsfelde. Am 15. Januar 1919 wurden die unerschrockenen Vorkämpfer des deutschen Volkes gegen Militarismus und Völkermord, für Frieden, Freiheit und Sozialismus

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

von den Banden kaiserlicher Offiziere des Generals Lüttwitz und Oberst Reinhard meuchlings ermordet. Arbeiterblut floß damals in den Straßen Berlins!
In den Jahren von 1933 bis 1945, in den finsteren Nächten der faschistischen Reaktion, wurden Tausende von antifaschistischen Widerstandskämpfern umgebracht.

Der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid wurde ebenfalls wie der Kommunist Ernst Thälmann ermordet.

Die Reaktion fragt nicht, ob Sozialist oder Christ, sie fragte nicht, ob parteiloser Arbeiter, Sozialdemokrat oder Kommunist.

Die faschistischen Mörder werden von den Konzernen der Krupp, der IG Farben usw. finanziert.
Die Herren Aktionäre brauchen die Unterdrückung der Arbeiterklasse, wenn sie durch Vorbereitung eines neuen Krieges zu größeren Profiten kommen wollen!

Nur so und nicht anders kann man auch die Zulassung und finanzielle Unterstützung der 83 faschistischen Organisationen und militaristischen Verbände, vom Kyffhäuser-Bund bis zum „Stahlhelm", in Westberlin betrachten.
Dieselben Mörder, welche Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg töteten, die im zweiten Weltkrieg der Menschheit unsagbares Leid gebracht haben, sitzen heute wieder in den entscheidenden Machtpositionen des Staates in Westdeutschland und Westberlin.

Die Konzerne sind, anstatt enteignet, den Herren Kriegsinteressenten von Siemens & Co. zurückerstattet worden. - Damit besitzen diese Herren die wirtschaftliche und politische Macht in Westberlin, darüber sollte sich kein klassenbewußter Arbeiter hinwegtäuschen lassen.

Ändern würde sich daran zunächst nur etwas, wenn die sozialdemokratische Mehrheit im Abgeordnetenhaus den bereits im Jahre 1947 selbst zugestimmten Beschluß zur Enteignung der Konzerne durchführen würde. Bei der Durchführung dieses Beschlusses hätte die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus die volle Unterstützung aller sozialistischen Wähler in Berlin und darüber hinaus in der ganzen Welt.

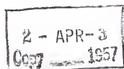

Die Spatzen pfeifen es vom Dach....
LC
Die Jugend will die Wehrpflicht nicht!
Verständigung ist erste Pflicht!

#19b LC

Freie Deutsche Jugend
Kreisleitung
Charlottenburg

Berlin, den 13.1.1957

6




Liebe Jugendfreundin, lieber Jugendfreund!

Am 15. Januar 1957 jährt sich zum 38. Male der Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Beide waren damals die Führer der Arbeiterklasse Deutschlands und daher der militaristischen und faschistischen Reaktion ein Dorn im Auge.
1919 ermordeten diese Kräfte zwei Verfechter des Sozialismus.
Von 1933 bis 1945 wurden Millionen fortschrittlicher Menschen, die das Vermächtnis von Rosa und Karl fortsetzten, bestialisch vernichtet.
Am 18. Januar dieses Jahres wollen sich die gleichen Kräfte von Rechts zu einer neuen faschistischen Sammlung zusammenschließen, um dann zum Generalangriff gegen die Arbeiterklasse Deutschlands anzutreten.

K E I N   N E U E S   1 9 3 3   !

Unsere Kampfansage gegen Faschismus und Barras wird am 20. Januar 1957 in der großen Kampfdemonstration der Arbeiter Berlins zur Gedenkstätte der Sozialisten ihren Ausdruck finden.

Wir rufen Dich auf: Komm auch Du zu dieser Demonstration am Sonntag, dem 20. Januar 1957.

Treffpunkt: 9.45 Uhr Gürtelstraße Ecke Stalinallee,
Fahrverbindungen: U- und S-Bahnhof Stalinallee.
Stellplatz: Hinter dem Transparent "Kreis Charlottenburg".

N I E D E R   M I T   F A S C H I S M U S   U N D   K R I E G   !

Mit freundschaftlichen Grüßen!
FDJ - Charlottenburg

# Sozialdemokratische Einsichten zur Lage in Ungarn

Von Otto Winzer

Am 18.Jahrestag der blutigen Kristallnacht, die ein Vorspiel zum faschistischen Massenmord an den Juden Europas war, wurden auf einer Pressekonferenz in Berlin Tatsachen darüber mitgeteilt, wie weit die Organisatoren dieser und anderer Schändlichkeiten bereits wieder in den Staatsapparat der Bundesrepublik eingedrungen sind. Die Sozialdemokratie Westdeutschlands hat also alle Ursache, sorgfältig darauf zu achten, wo Faschisten und andere Reaktionäre, die Bundesgenossen der Bonner Reaktion sind, in europäischen Ländern wieder an die Macht zu kommen versuchen. Insofern ist es wohl kein reiner Zufall, daß das in Köln erscheinende Zentral-[...]n der SPD, der "Vorwärts", sich am 9.November in mehreren Artikeln mit der faschistischen Gefahr befaßte, die aus den tragischen Ereignissen in Ungarn erwuchs.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, darf man aus einem Artikel Sigurd Paulsens im "Vorwärts" den Schluß ziehen, daß die Sowjettruppen und ihr Kommando, die von der Regierung Nagy zur Hilfe gerufen worden waren, sich in der ersten Etappe der ungarischen Ereignisse bemühten, zu einer möglichst friedlichen Lösung beizutragen. Von diesem Bestreben zeugte am deutlichsten der Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest. Was jedoch danach eintrat, wollen wi[r] besser den Leitartikel des "Vorwärts" [...]n lassen:

> "Nagy war ohne Autorität, die Armee versagte ihm den Gehorsam. Sein verzweifelter Versuch, die Aufstandsbewegung, die sich unter dem Einfluß wieder an die Oberfläche gekommener reaktionärer und faschistischer Elemente zunehmend radikalisierte, durch immer neue und immer weitgehendere Zugeständnisse unter Verleugnung der politischen Realitäten zu beschwichtigen, mußte mißlingen. Nirgends zeigte sich ein Ausweg aus dem Chaos. So nahm das Verhängnis seinen Lauf."

Das Verhängnis aber sah so aus, daß furchtbare Mordtaten verübt wurden, die, wie der "Vorwärts" feststellte, selbst vor den Familienangehörigen von Arbeiterfunktionären, vor Frauen und Kindern, nicht haltmachten. Es tobte der weiße Terror. In Wirtschaft und Verkehr, und davon hing schließlich die Versorgung der Bevölkerung ab, nahm das Chaos immer schlimmere Formen an. Die Konterrevolution wiederum benutzte diese katastrophale Lage dazu, um ihre Angriffe noch zu steigern.

In einem anderen Beitrag, bei dem es sich um einen Brief von Volks- und Mittelschullehrern aus Sopron handeln soll, wenden sich die Verfasser dagegen, daß die Ungarn "als Nation von Euch - das heißt: vom Westen - gering geschätzt, verlacht und verächtlich gemacht worden" sind. Sie wenden sich dagegen, daß die Ungarn vom Westen wie Räudige behandelt wurden und daß selbst das, was gut in ihrem

# Askania Scheinwerfer

Gratis

Betriebszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands



## Chruschtschow in Berlin

Der Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation wurde auch bei Askania in den vergangenen Tagen zum Gesprächsstoff Nr. 1 .
Wenn auch die Meinungen sehr weit auseinander gingen, so war sich doch der größte Teil der Kollegen darüber im Klaren,daß dieser Besuch wohl eine tiefere Bedeutung hatte als das aus dem Geschreibsel der westberliner Zeitungen hervorging.
Die deutliche Abfuhr die Chruschtschow allen Spekulationen westlicher Politiker erteilte, hat auch manchen Kollegen bei uns etwas zum Nachdenken angeregt. Besonders jene naiven Gemüter die bisher der Meinung waren, die Atomrüstung die Adenauer betreibt sei eigentlich eine harmlose Sache um die man sich garnicht kümmern brauche, wurde die ganze Größe der Gefahr in der Deutschland schwebt deutlich vor Augen geführt.

Die Pläne der NATO-Strategen, einstmals mit klingendem Spiel die "arme Ostzone zu befreien", wie schon einmal Österreich, die Tschechoslowakei und schließlich ganz Europa "befreit" wurden, haben einen mächtigen Stoß bekommen.
"Wer die DDR angreift, wird sich das Genick brechen", das wurde klar genug ausgedrückt.
Manchem Kollegen hat die undiplomatische Sprache Chruschtschows nicht gefallen. Aber was gesagt wurde richtete sich eindeutig an die Adresse der derzeitigen Bonner Regierung, die keinen Hehl daraus macht, daß ihr es einzig und allein darauf ankommt, den westdeutschen Monopolen zu riesigen Rüstungsprofiten zu verhelfen. Diese Bonner Regierung, die die Hetze gegen die Sowjetunion zur Staatspolitik erhoben hat, wäre nur zu gerne bereit, morgen den Atomgranaten das Wort zu geben.

DAS MIX UND GENEST MIKROFON

Gratis

#199

Betriebszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands



Der Umsatz steigt !
===================

Diese kurze Mitteilung konnte man vor wenigen Tagen über die Ge - [illegible]ftslage bei der Firma Mix & [illegible]st in der Presse lesen, als [illegible]richtet wurde, daß der Umsatz [illegible] 47 % höher ist als im vorhergehenden Geschäftsjahr.
Auch die Aktionäre kommen nicht zu kurz und so wird ihnen auch für das Jahr 1956 10% Dividende ausbezahlt. Dies ist wieder ein gutes Geschäft, welches die amerikanischen Inhaber der Firma Mix & Genest auf Kosten der Arbeiter tätigen.
Täglich erlebt man es ja auch, wie die Konzernleitung versucht, das Arbeitstempo noch mehr zu erhöhen, um gute Dividende den Aktionären auch für die Zukunft zu garantie[illegible] Es ist zur Methode geworden, [illegible]alkulierte Arbeitsstücke in niedrigere Fertigungsgruppen ein[illegible]tufen. Immer mehr geht der Betrieb dazu über, den hochqualifizierten Arbeiter zum angelernten zu degradieren.
Alle diese Maßnahmen sind zur [illegible]lichen Erscheinung geworden. D[illegible] Arbeitern will man aber erzählen, daß alle diese Maßnahmen notwendig sind, damit die Waren nicht unnötig teurer werden.
Gerade bei Mix & Genest ist ganz deutlich zu erkennen, daß die Preise nicht deswegen steigen, weil der Arbeiter sich ein paar Pfennige Lohnerhöhung erkämpft hat, sondern weil die Sucht, maximale Profite zu machen, ins unermeßliche geht.
Die andere Tatsache ist die, daß die Kosten für die Militarisierung Westdeutschlands auf das Volk abgewälzt werden.
Die Rechnungen für die NATO-Politik zahlt das werktätige Volk.
Der Umsatz pro Arbeiter steigt

# DAS MIX UND GENEST MIKROFON



Betriebszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands



## Chruschtschow in Berlin

Der Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation wurde auch bei Mix in den vergangenen Tagen zum Gesprächsstoff Nr. 1 .
[illegible]n auch die Meinungen sehr weit auseinandergingen, so war sich doch der größte Teil der Kollegen darüber im Klaren, daß dieser Besuch wohl eine tiefere Bedeutung hatte, [illegible] das aus dem Geschreibsel der [illegible]stberliner Zeitungen hervorging.
[illegible] deutliche Abfuhr, die Chruschtschow allen Spekulationen westberliner Politiker erteilte, hat auch manchen Kollegen bei uns etwas zum Nachdenken angeregt. Besonders jenen naiven Gemütern, die bisher der Meinung waren, die Atomrüstung die Adenauer betreibt sei eigentlich eine harmlose Sache, um die man sich garnicht zu kümmern brau[illegible] wurde die ganze Größe der Gefahr, in der Deutschland schwebt, deutlich vor Augen geführt.
Die Pläne der NATO-Strategen, die mit klingendem Spiel die "arme Ostzone" befreien wollen, wie schon einmal Österreich, die Tschechoslowakei und schließlich ganz Europa "befreit" wurden, haben einen mächtigen Stoß bekommen.
"Wer die DDR angreift, wird sich das Genick brechen", das wurde [illegible] genug ausgedrückt.
Manchem Kollegen hat die undiplomatische Sprache Chruschtschows nicht gefallen. Aber was gesagt wurde, richtete sich eindeutig an die Adresse der derzeitigen Bonner Regierung, die kein Hehl daraus macht, daß es ihr einzig und allein darauf ankommt, den westdeutschen Monopolen zu riesigen Rüstungsprofiten zu verhelfen.

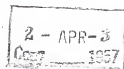
From: Publications Procurement Office, Berlin



# ARBEITSKREIS FÜR ZEITGESCHEHEN

BERLIN-WEISSENSEE · STREUSTRASSE 123



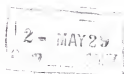



# DOKUMENTE

Der Arbeitskreis für Zeitgeschehen betrachtet es als seine Aufgabe, die Öffentlichkeit über politische Ereignisse, die in Erklärungen und Stellungnahmen behandelt werden, zu informieren und somit zu einer objektiven Betrachtungsweise beizutragen.

Die vorliegenden Dokumente beschäftigen sich mit dem Problem, das in den letzten Wochen neben anderen Ereignissen im Vordergrund der öffentlichen Diskussionen gestanden hat.

Beschluß der V. Gesamtdeutschen Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre



# WEG UND ZIEL

## der deutschen Arbeiterklasse

Beschluß der V. Gesamtdeutschen Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre



# WEG UND ZIEL

## der deutschen Arbeiterklasse

# Les armes nucléaires entre les mains des militaristes de la République Fédérale Allemande Une menace mortelle pour tous les peuples

M. Otto Grotewohl, Président du Conseil, a fait le 3 avril 1957 devant la Chambre du Peuple de la République Démocratique Allemande, une déclaration, dont nous publions les principaux extraits. Cette déclaration qui traite de problèmes vitaux pour les peuples d'Europe et du monde, est d'une importance capitale.



Ces temps ci, de nombreux événement politiques retiennent l'attention du monde entier. Certains de ces événements concernent tout particulièrement le peuple allemand, c'est pourquoi le gouvernement de la République Démocratique Allemande estime nésseсaire d'exposer son point de vue sur ces questions devant la Chambre du Peuple. L'avenir de la paix en Europe nous préoccupe. Les cercles militaristes et fascistes, qui, à deux reprises au cours d'un demi siècle, ont plongé l'Europe dans la souffrance et le deuil, sont de nouveau à l'oeuvre.

L'installation de bases militaires, le stockage des armes atomiques de tous genres et de tous calibres, les manoeuvres de guerre tactiques et stratégiques sont les preuves cruelles du danger que court l'Europe. D'après les propres paroles du général Norstad, commandant en chef des forces de l'OTAN en Europe, l'armée de Bonn est dotée d'importantes quantités d'armes atomiques.

Les militaristes allemands ont déjà leurs propres plans de fabrication d'armes atomiques. L'armée d'Allemagne occidentale, équipée d'armes atomiques, commandée par Speidel, Heusinger et d'autres généraux hitlériens, plongera, à la première occasion les peuples d'Europe dans un nouveau malheur et un nouveau chaos.

Dans la poursuite de ses plans agressifs, l'impérialisme allemand est soutenu par l'aile la plus réactionnaire et la plus agressive des capitalistes américains. L'impérialisme allemand et l'impérialisme adéricains, oeuvrent de plus en plus en commun, en vue d'une agression atomique.

La conférence des Bermudes, où se sont rencontrés Eisenhower et le premier ministre britannique Mac Millan, nous a appris que les gouvernements de Washington et de Londres veulent suivre un chemin conduisant à la guerre atomique.

Tous les peuples qui se laissent entraîner sur ce chemin, vont audevant d'une catastrophe abominable. Il faut souhaiter que tous les peuples entendent le cri d'alarme de l'Union Soviétique, exigeant l'interdiction immédiate des armes nucléaires de destruction massive, et la suspension temporaire immédiate des expériences atomiques.

La déclaration de l'Union Soviétique demandant la suspension temporaire des expériences atomiques, est la preuve irréfutable, qu'il est possible de s'entendre avec succès sur cette question.

## Pas d'armes atomiques en Allemagne occidentale!

Aujourd'hui sur le territoire de la République Fédérale Allemande, cet Etat membre de l'OTAN, sont stockées les armes atomiques les plus dangereuses des USA. Ceci n'est pas un hasard. Alors que le gouvernement japonais, par exemple, soutient la lutte du peuple réclamant l'interdiction des armes nucléaires, le gouvernement Adenauer, lui, est fier d'accumuler en Allemagne occidentale, les armes atomiques américaines et il exige que de nouvelles armes meurtrières soient stockées dans la République Fédérale. Ils parlent de la paix, mais ils préparent la guerre. La République Démocratique Allemande est le seul bastion de la paix en Allemagne.

Nous attirons l'attention du peuple allemand tout entier, ainsi que celle de tous les autres peuples d'Europe, sur le danger immense que constitue la transformation de l'Allemagne occidentale en un glacis atomique américain.

Messieurs les militaristes doivent considérer que le stockage des armes de destruction massive en République Fédérale et les tendances à

**Ausschuß für Deutsche Einheit**
Berlin W 8, Friedrichstraße 169/170. Fernruf: 22 51 01



Berlin, den 24. Januar 1957
TelefoN: 22070



I n f o r m a t i o n

## Reprivatisierungsbestrebungen und ihre Hintergründe

"Neue Initiative zur Privatisierung", schrieb der westdeutsche "Industriekurier" vom 7. Januar 1957. In einer mehrstündigen Debatte hatte sich der Bundestag mit einem Gesetzentwurf der FDP über die Reprivatisierung staatlicher Betriebe, sowie dem Antrag von rund 50 Abgeordneten der westdeutschen Regierungsparteien auf Überführung des Volkswagenwerkes in Privateigentum beschäftigt.

Der FDP-Plan zur Reprivatisierung der staatlichen Betriebe in Westdeutschland wurde schon im Oktober 1956 erstmalig dem Bundestag vorgelegt. Der FDP-Abgeordnete Atzenroth, ein Koblenzer Fabrikant und Vorsitzender der Vereinigung mittelrheinischer Unternehmer, fordert in dem FDP-Entwurf das Verbot jeder Betätigung des Staates auf industriellem Gebiet und die Umwandlung bundeseigener Unternehmen in Aktiengesellschaften, deren Papiere von den Börsen gehandelt werden sollten. Bei der Debatte im Bundestag wurden selbst von der CDU und FDP Bedenken gegen den Atzenroth-Plan vorgebracht, weil er zu offen und zu brutal dazu auffordert, das staatliche Eigentum an die Monopole zu verschleudern. Die Adenauer-CDU befindet sich bei diesen ganzen Fragen in einer mißlichen Lage. Einerseits wird sie von den Monopolherren angetrieben, noch vor den Bundestagswahlen 1957, die , wie die Kommunal- und Landtagswahlen es gezeigt haben, für die CDU nicht allzu günstig verlaufen werden, fertige Tatsachen in der Reprivatisierungsfrage zu schaffen. Andererseits ist sie gezwungen, um die Stimmen der Werktätigen zu buhlen und muß deshalb, wie so oft, demagogische Versprechungen machen. Darum erklärte der CDU-Abgeordnete Häussler in einem CDU-Gesetzentwurf, "durch weite Streuung der Anteile an den bundeseigenen Unternehmen" die westdeutschen Werktätigen zu "Miteigentümern" der Betriebe zu machen.



# Leipziger Messe INFORMATIONEN



### *Preparations for the Leipzig Spring Fair 1957 in Full Swing*

The Leipzig Spring Fair 1957 will be held from 3rd to 14th March and will include both capital and consumer goods. Sixteen fair buildings in the city centre, 22 halls, 17 pavilions and a large open area on the technical fair grounds will together have an exhibition area of almost 3 million square feet with an international display of goods of all kinds.

The Soviet Union, China, Poland, Czechoslovakia and the other people's democracies will be represented with large collective exhibits. For the first time since the war Yugoslavia will take part with a collective show.

All the important industrial countries of Western Europe will also take part with a wide range of products; France which at the last Spring Fair was represented by over 300 exhibiting firms will in the coming spring display among other things products of the electrical engineering industry, machine-tools and motor vehicles. Great Britain, Belgium, Austria and India will again have their own national pavilions.

On the technical fair grounds a large number of internationally known firms

## East-West Trade Rises

**Increase of 24 % within one year — good prospects for Leipzig Fair**

In the first half of October it was announced in Washington that East-West trade in 1955 was roughly a quarter higher than in the previous year. At about the same time the Economic Commission for Europe (ECE) of the United Nations announced that in the same year 1955 the volume of trade between Western Europe and the Eastern countries reached a post-war record level of 2,500 millions dollars. Even in America where most reticence has been shown as far as the development of East-West trade is concerned the Minister of Trade Mr. Weeks announced that U. S. Trade with the East has risen by 50 % in the same period.

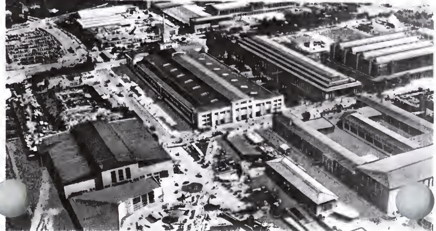
The influential West German newspaper "Die Welt" commented the above mentioned facts as follows: "It can be assumed that this rise in East-West trade has made further progress in the current year since political tension has also been lessened in the meantime. East-West trade now should play a considerable part in world trade and should be an important factor for stabilising international relations."

**Good prospects for the further develop-**

from 1951 China were to be found at Leipzig with large representative exhibits ready to do business with any Western partners who were prepared to meet them on the basis of reciprocity and mutual benifit. From Leipzig Fair impulses went out which brought the first

Western countries had risen to four times the level of 1950 by the end of the first Five-Year-Plan in 1955.

As far as the trade between the German Democratic Republic and Great Britain is concerned it can hardly be called satisfactory. Although there is consider-



## Extraprofit durch Wegfall der Pausen

Die vorgesehene Beseitigung der 15-Minuten-Pause bei der Westberliner Firma Ascania, worüber wir bereits berichteten, wird den Konzernherren einen Extraprofit in Höhe von fast 130 000 DMark bringen. Von den 1400 Belegschaftsmitgliedern bei Ascania sind 1100 Arbeiter. Der Wegfall ihrer Pausen ergibt 275 Stunden täglich, das sind im Jahr unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen rund 82 500 Stunden. Da der Stunden-Ecklohn der Arbeiter durchschnittlich 1,56 DMark beträgt, erzielt die Konzernleitung demnach durch den Wegfall der Pausen jährlich 128 700 DMark zusätzlich an Profit.

### Proteststreik half

Am 14. November 1956 legten die Kollegen der Abteilung Schlosserei bei der Firma Zeiss-Ikan in Zehlendorf, Goertzallee, geschlossen die Arbeit nieder. Der Direktion wurde unmißverständlich erklärt, daß erst dann die Arbeit wieder aufgenommen wird, wenn der Lohn ausgezahlt ist. Bei der Firma Zeiss-Ikon ist es üblich, daß zwischen dem 9. und 12. jedes Monats die monatliche Abrechnung erfolgt. Im November dachte die Geschäftsleitung jedoch selbst am 14. November noch nicht daran zu zahlen. Der Proteststreik half sehr schnell. Die Löhne der Schlosser wurden sofort berechnet und ausgezahlt.

### Hetzballons gefährden Arbeiter

Kürzlich zerplatzte an den Bäumen der Goertzallee in Berlin-Zehlendorf ein gasgefüllter Ballon mit Hetzflugblättern der KgU-Agenten-Organisation, die die Unterschrift des Hauptagenten Ernst Tillich trugen. Ein Teil der Pakete fiel auf das Werkgelände der Firma Sendlinger, Optische Glaswerke. Glücklicherweise kam kein Mensch zu Schaden. Ein sofort herbeieilender Jeep mit drei USA-Besatzern bemühte sich, die Ballonreste und Hetzflugblätter schnellstens einzusammeln und abzutransportieren.

### Lehrlinge schuften täglich zwölf Stunden

Unhaltbare Zustände herrschen in der Westberliner Textilfirma Sommerfeld in Berlin W 30, Lindauer Straße 10. Hier werden die Lehrlinge gezwungen, täglich drei Überstunden zu machen. An und für sich soll die Arbeitszeit von 8 bis 17 Uhr dauern. In Wirklichkeit arbeiten die Jugendlichen aber von 7 bis 19 Uhr, also zwölf Stunden täglich. Um 8 und um 17 Uhr müssen die Jugendlichen unterschreiben, daß sie pünktlich angefangen und ebenso pünktlich Feierabend gemacht haben.

# Wo wird demokratisch gewählt? / Ein Vergleich zwischen den Wahlen im FDGB und im DGB

Die Metallarbeiter in beiden Teilen Berlins wählen in diesen Tagen und Wochen ihre Gewerkschaftsfunktionäre. Vor einigen Tagen äußerte nun der Bevollmächtigte der Westberliner IG Metall, Erich Galle, die Gewerkschaftswahlen bei der IG Metall im FDGB verliefen nicht demokratisch. Abgesehen davon, daß Erich Galle eine solche Behauptung aufstellt, ohne sich persönlich oder durch einen anderen verantwortlichen Funktionär von deren Richtigkeit überzeugt zu haben, läßt ein Vergleich zwischen den Gewerkschaftswahlen in beiden Organisationen wohl am besten Schlüsse darüber zu, wo wirklich demokratisch gewählt wird.

Nach der 23. und 24. Bundesvorstandssitzung des FDGB erschienen in der „Tribüne" alle von diesen Tagungen beschlossenen Dokumente zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen. Jedes Mitglied erhielt schon dadurch die Möglichkeit, sich über den Ablauf der Wahlen und ihr Ziel zu informieren. Die Wahlversammlungen selbst drücken ebenfalls den demokratischen Charakter der Wahlen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes eindeutig aus.

Durchschnittlich 80 Prozent der Mitglieder des FDGB haben sich beispielsweise an den Wahlen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und der anderen Funktionäre in den Gewerkschaftsgruppen beteiligt. In fast allen Versammlungen werden Beschlüsse gefaßt, die die Funktionäre beauftragen und verpflichten, Mängel in der bisherigen Gewerkschaftsarbeit zu beseitigen, bestimmte Aufgaben bis zu einem bestimmten Termin zu lösen und über die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu berichten. Keine Mitglieder- oder Delegiertenversammlung zur Wahl der BGL in den volkseigenen Betrieben wird vorübergehen, ohne daß nicht schon auf Kritiken oder Vorschläge der Gruppenversammlungen geantwortet wird. All das zeugt von einer wirklichen innergewerkschaftlichen Demokratie.

Bei den Gewerkschaftswahlen in Westberlin ist zunächst als befremdend festzustellen, daß die Landesbezirkskonferenz des DGB vor den Konferenzen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften stattfindet. Offenbar will der DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski dadurch auf diese Konferenzen Einfluß nehmen und die scharfe Kritik der Mitglieder und zahlreicher Funktionäre an seiner Arbeit und Haltung unwirksam machen. (Bekanntlich traten vor zwei Jahren die Delegierten der beiden größten Gewerkschaften, der IG Metall und der Gewerkschaft ÖTV, gegen den derzeitigen DGB-Vorsitzenden auf.)

Im Bezirk Wedding haben inzwischen die Wahlen zur Vertreterversammlung der Westberliner IG Metall begonnen. Ihr bisheriger Verlauf gewährleistet jedoch nicht, daß der größte Teil der Mitglieder an den Wahlen teilnimmt. Dafür einige Beispiele: Im Betrieb Rieth & Sohn wurde zwei Tage vorher am Schwarzen Brett zur Organisiertenversammlung eingeladen, ohne bekanntzugeben, daß die Vertreter gewählt werden sollen. Nur wenige Kollegen leisteten der Einladung Folge. Die Wahl wurde trotzdem durchgeführt. In der AEG Drontheimer Straße waren ebenfalls infolge ungenügender Vorbereitung nur 35 Mitglieder — nicht einmal fünf Prozent! — anwesend. Die Wahl fand aber auch hier statt. Während der Mitgliederversammlung des Wahlkörpers 9 — nur 124 Kollegen von rund 3000 nahmen teil! — wurde den Kollegen ein fertiger Stimmzettel in die Hand gedrückt, obwohl es im Ortsstatut heißt, daß die Kandidaten in der Versammlung aufzustellen und nach dem Alphabet zu ordnen sind.

Die Wahlen in beiden Metallarbeiterorganisationen sollen dazu beitragen, die Aktivität der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder zu erhöhen. Für die IG Metall im FDGB kann schon jetzt gesagt werden, daß dieses Ziel erreicht wird. In Westberlin dagegen muß noch manches getan werden, um der innergewerkschaftlichen Demokratie im DGB Geltung zu verschaffen.



**Einen sicheren Arbeitsplatz** *auch im Winter! Diese alte Forderung der Bauarbeiter wird in der DDR und im demokratischen Berlin weitestgehend erfüllt. Auf den Baustellen werden jetzt bereits Vorkehrungen für die Winterbauweise getroffen, damit die Arbeit fortgesetzt werden kann. Unser Bild zeigt eine Baustelle des VEB Volksbau Berlin-Lichtenberg in der Weitlingstraße aus dem vorjährigen Winter.* Fotos: Zentralbild

X-DD261

.4

# Bonn will Lohntüten plündern

**Bauarbeiter in Westdeutschland und Westberlin sollen bestraft werden, weil sie alljährlich die längste Zeit arbeitslos sind**

Mit zunehmender Besorgnis sehen die Westberliner und westdeutschen Bauarbeiter den Wintermonaten und der zu erwartenden Arbeitslosigkeit entgegen. Im demokratischen Teil Mehrbelastung von 40 Millionen DMark bedeutet.

Die „Begründung" für diesen Lohnraub aus den Taschen der Bauarbeiter ist eine Infamie. Danach werden

## Zur Diskussion über die Rechte der Arbeiter in den Betrieben

# Sozialistische Beziehungen werden sich vertiefen

**Ingenieur Kollege Kurt Schlosser aus Wildau, Träger der Staatsauszeichnung „Für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ und vierfacher Aktivist schreibt uns zur Diskussion über die Bildung von Arbeiterkomitees unter anderem folgendes:**

„Der Vorschlag der 29. Tagung des ZK der SED, in jedem sozialistischen Betrieb ein Arbeiterkomitee zu bilden, wird von vielen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz begrüßt, denn dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die Werktätigen noch stärker als bisher an der Leitung und Verwaltung ihrer Betriebe mitarbeiten können. Das entspricht auch dem Beschluß der 3. Parteikonferenz der SED über die weitere Demokratisierung und Mitbestimmung der Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus.

Die Erfolge in den sozialistischen Betrieben sind unverkennbar, jedoch verlangt der erreichte Stand der volkswirtschaftlichen Planung, daß den Werktätigen bei der Ausarbeitung der Betriebspläne größere Mitverantwortung und Rechte eingeräumt werden. Die Bildung von Arbeiterkomitees in den sozialistischen Betrieben ist eine weitere Möglichkeit und ein neuer Weg zu weiterer Produktionssteigerung.

Vor allem könnten die Arbeiterkomitees bei der Mechanisierung, Automatisierung und Modernisierung in der Produktion entscheidend eingreifen. Eine weitere und wichtige Aufgabe ist es, der Anwendung der neuen Technik, die bisher nur schleppend in den sozialistischen Betrieben Eingang gefunden hat, zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehören selbstverständlich auch die schnelle Verwirklichung von Erfindungen und die Einführung von Neuerungen, die Verbesserung der Betriebsorganisation und damit die Senkung der Selbstkosten.

Das Organ sollte aber auch bei der Ausarbeitung und Festlegung von Perspektivplänen der Betriebe mitentscheiden, weil die Fragen, die sich aus den Aufgaben der industriellen Umwälzung und den gigantischen Zielen des zweiten Fünfjahrplanes ergeben, Entscheidungen fordern, die nach meiner Ansicht nicht mehr auf die althergebrachte Weise von einem kleinen Werkleitungskollektiv gelöst werden können. Dazu müßten den Arbeiterkomitees Rechte gegeben werden, die ihnen ermöglichen, von der Werkleitung Berichte über das gesamte Betriebsgeschehen entgegenzunehmen, und sie müssen im Rahmen der betrieblichen Zuständigkeit Beschlußrecht haben.

Durch die Bildung von Arbeiterkomitees wird sich auch das Verhältnis der Arbeiter zu den übrigen Beschäftigten in den sozialistischen Betrieben enger gestalten. Die breite Beteiligung der Arbeiter bei der Lösung betrieblicher Aufgaben wird dazu führen, daß bedeutend bessere Betriebsergebnisse erzielt werden als bisher.

Mit der Bildung von Arbeiterkomitees in den sozialistischen Betrieben werden die Rechte der Gewerkschaft nicht geschmälert. Im Gegenteil, sie kann sich jetzt voll und ganz ihren Aufgaben widmen. Es ist doch nicht schwer, zu erkennen, daß das Aufgabengebiet der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen zu umfangreich ist.

Ich bin überzeugt, daß die Bildung von Arbeiterkomitees in den sozialistischen Betrieben gerade in der Periode des Übergangs zum Sozialismus die Entwicklung der sozialistischen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und den Wirtschaftsfunktionären fördert.“

8590



„Ich teile die in unserem Werk manchmal anzutreffende Meinung nicht, daß sich Gewerkschaften und Arbeiterko... gewissermaßen ins Gehege k... könnten oder daß sich einer ...en anderen verläßt.

Die Arbeit des Komitees sollte be-

## Staatstitelträger müssen mitarbeiten

**Fritz Rieß, VEB Steinkohlenwerk „Martin Ho... ...wickau**

Der Beschluß des 29. Plenums unseres Zentralkomitees der SED ... Kapitalismus zum ...alismus ist die Erfüllung der grundlegenden Auf-



**Dankbare Aufgaben** *warten auf die Arbeiterkomitees. Sie sollten sich mit den oft noch schlechten Baustelleneinrichtungen, der Arbeitsorganisation, der Materialbelieferung und der teilweise noch schludrigen Projektierungsarbeit befassen“, erklärte Held der Arbeit Paul Strauß in einer Unterhaltung mit den Kollegen seiner Rostocker Maurerbrigade.*

Foto: Zentralbild

## Arbeiterkomitees und Intelligenz sollen eng zusammenarbeiten

**Im Mittelpunkt einer Beratung von Vertrauensleuten der Rostocker Neptun-Werft, die auf Einladung des Bezirksvorstandes der IG Metall erfolgte, stand ebenfalls die Erweiterung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben und die Bildung von Arbeiterkomitees. In einer dort angenommenen Entschließung wurde die Bildung der Arbeiterkomitees begrüßt.**

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß durch das Organ im gemeinsamen Handeln mit allen Werft- eine große Hilfe ...r weiteren Entwicklung unse... ...rften erweisen. Der Technische Direktor, Kol-

# Berliner, Arbeiter, Sozialisten!

In Ungarn ist die Reaktion, der blutige weiße Terror, der Antisozialismus, geschlagen worden.
In Ungarn sind die Grafen, die Großgrundbesitzer, die Horthy-Banden, die bereits über den Mord an Tausenden Arbeitern jubelten, sowie die klerikale Reaktion geschlagen worden. Sie hatten bereits Morgenluft gewittert und waren daran, den Arbeitern die Fabriken, den Bauern das Land und dem ganzen Lande die demokratische und sozialistische Entwicklung zu rauben.
In Ungarn sind die Pläne der Generalstäbe von Bonn, Paris, London und Washington geschlagen worden, die aus Ungarn einen neuen Aufmarschplatz für die Organisierung des dritten Weltkrieges machen wollten.
In Ungarn wurden glücklicherweise jene geschlagen, die aus diesem Lande ein neues Franco-Spanien machen wollten, ein Land der finsteren und brutalen Reaktion.
In Ungarn wurde glücklicherweise und im allerletzten Moment, als die Gefahr schon riesengroß war, nicht jener Fehler wiederholt, den wir deutsche Arbeiter und Antifaschisten im Jahre 1933 gemacht hatten, als wir Hitler und seinen Banden nicht rechtzeitig den Weg zur Macht versperrt hatten.

Die revolutionären Arbeiter und Bauern rafften sich in der Stunde höchster Gefahr auf, errichteten ihre revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Regierung, griffen mit bewaffneten Arbeiter- und Bauernformationen die Reaktion an. Dabei wurden sie unterstützt von den sowjetischen Soldaten, von sowjetischen Arbeitern und Bauern im Waffenrock, die dem Gebote der internationalen Solidarität aller Arbeiter folgend, ihnen halfen, dem konterrevolutionärem Spuk ein Ende zu bereiten.

## Wie gut wäre es für uns Deutsche gewesen,

wenn wir 1933, als der Nazi-Henker vor der Tür stand, dieselbe Voraussicht, dieselbe Entschlossenheit und dieselbe brüderliche Hilfe gegen den mörderischen Nationalsozialismus gehabt hätten, dann hätten wir uns den 2. Weltkrieg erspart, 6½ Millionen Kriegstote, ein durch den Krieg verwüstetes und zerstörtes und noch bis heute gespaltenes Land.

## Wie gut wäre es für das spanische Volk gewesen,

wenn nicht nur die heldenhaften Internationalen Brigaden, unter denen sich auch Sozialdemokraten verschiedener Länder befanden, sondern auch sowjetische Streitkräfte dem spanischen Volk hätten helfen können, um über Franco, Hitler und Mussolini zu siegen.

## Wie gut wäre es für das kleine Guatemala gewesen,

wenn bewaffnete Arbeiter anderer Länder den Arbeitern und Bauern Guatemalas zu Hilfe hätten eilen können, um den von den USA-Imperialisten organisierten Aufstand niederzuschlagen,

## Berliner, Arbeiter, Sozialisten!

**Die internationale Reaktion schäumt vor Wut über ihre Niederlage in Ungarn, die ein für allemal unwiderruflich ist u[illegible] worüber sich alle Arbeiter freuen.**

[illegible] und die westdeutschen Militaristen unsere gemeinsamen

auf wie angeschossene Wölfe, weil ihre Kumpane in Ungarn geschla-

FDGB

## Der Wettbewerb im Maschinenbau hilft den Kumpeln in der Braunkohle

FDGB

# Der zweite Stahlgigant wächst

**Drei Monate kürzere Bauzeit / Wettbewerb hilft schnell vorankommen**

**Tage waren das schon in diesem Sommer für die Kollegen des volkseigenen Otto-Buchwitz-Werkes in Dresden! Tage, die Nerven kosteten und einige Geduld erforderten. Da war nun der erste RS 1 200 — jener kürzlich in der „Tribüne" abgebildete Raupenkettenbagger fertig, aber der Arbeitsbeginn am zweiten Stahlgiganten dieser Art verzögerte sich von Tag zu Tag. Dabei brauchten ihn aber die Kumpel notwendig.**

Baubeginn 15. Juni hieß es zuerst, dann wurde der 15. August festgesetzt. Der Tag der Fertigstellung des Baggers sollte der 15. Januar 1957 sein. Dann gab es Schwierigkeiten in der Stahlbelieferung, vor allem aber die verspätete Auswertung der beim Bau des ersten Baggers gemachten Erfahrungen radierte den 15. August als neuen Termin des Baubeginns ebenfalls wieder aus dem Plan.

Eineinhalb Monate später konnte erst angefangen werden. Am 1. November legten die Monteure des bergbauelektrotechnischen Betriebes in Kostebrau bei Lauchhammer erste Hand an das zweite Stahlungetüm. Fünf Monate währt die übliche Zeit für die Ausstattung eines solchen Gerätes mit den elektrischen Einrichtungen. Fünf Monate, das hätte bedeutet, daß der zweite RS 1 200 nicht Mitte Januar, sondern erst Ende März in der Braunkohlenindustrie zum Einsatz kommen könnte.

Damit aber wollten sich die Werktätigen des Otto-Buchwitz-Werkes in Dresden nicht zufriedengeben. „Wir verkürzen die Bauzeit. Der Bagger muß im Januar fertig werden", war ihre Devise. So beschlossen schließlich alle unmittelbar am Bau beteiligten Werktätigen, Techniker und Ingenieure des Betriebes, den Bagger anstatt in fünf in zwei Monaten mit den erforderlichen elektrischen Anlagen auszurüsten.

In Maßnahmeplänen wurden genau die einzelnen Arbeiten mit Terminen festgelegt. Für die Materialbeschaffung sorgen seit dem Tage des Baubeginns die Kollegen Kunz und Kempe aus den Abteilungen Produktionsleitung und Transport. Ihr besonderer Auftrag lautet, sich dafür einzusetzen, daß laufend das notwendige Material zur rechten Zeit an der Baustelle ist. Um die kurze Bauzeit von zwei Monaten gewährleisten zu können, wurden auch mehr Monteure eingesetzt, als es sonst bei ähnlichen Aufträgen der Fall ist. 49

Auch die BGL hat dabei ihre Aufgaben gut gelöst. Zwischen den Arbeitern des Stammbetriebes in Dresden und den Monteuren auf der Baustelle wurde ein Wettbewerb organisiert. In diesem Wettstreit wird die Einhaltung aller in den Maßnahmeplänen gestellten Termine bewertet. Weiter soll dadurch erreicht werden, daß 97 Prozent der eingebauten elektrischen Anlagen in ihrer Qualität und Ausführung der Güteklasse 1 und nur drei Prozent der Güteklasse 2 entsprechen.

Natürlich hat die Gewerkschaftsleitung im Betrieb auch daran gedacht, den Monteuren das Leben draußen so angenehm wie möglich zu machen. So haben AGL und BGL dafür gesorgt, daß den Arbeitern für den Feierabend ein Rundfunkgerät und eine Bücherei zur Verfügung stehen, damit sie ihre Abende gemütlich verbringen können. Untergebracht sind die Monteure des Otto-Buchwitz-Werkes in zwei Wohnbaracken, in denen sie nachts in weiß bezogenen Betten gut ruhen können. Für warmes Essen und heißen Tee ist ebenfalls gesorgt.

Die Monteure draußen in Kostebrau haben deshalb bisher auch ihr Bestes gegeben. Alle Termine, die im Plan gestellt wurden, konnten bisher eingehalten werden. Der Unterbau des Baggers ist fast fertig. Planmäßig geht die Arbeit am Stahlgiganten voran. Wünschen wir den Arbeitern des volkseigenen Otto-Buchwitz-Werkes in Dresden weiterhin gute Erfolge, damit sie am 15. Januar ihr Werk beenden und das zweite auf Raupen fahrende Stahlungetüm von 1900 Tonnen Gewicht, 36 Meter Höhe und 80 Meter Länge den Kumpeln der Braunkohle übergeben können. Wenn die Kapazität des Baggers voll ausgenutzt wird, dann können sie innerhalb 24 Stun-

## Der 10. schwimmt schon

Das 10. Flußfahrgastschiff, auf den Namen „Karl Liebknecht" getauft, wurde kürzlich in der Matthias-Thesen-Werft in Wismar fertiggestellt. Ursprünglich war als Termin dafür der 31. März 1957 vorgesehen. Die Arbeiter, Meister, Techniker und Ingenieure der Werft hatten sich jedoch das Ziel gestellt, das Projekt bereits bis zum 31. Dezember dieses Jahres zu schaffen. Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs ist es nun gelungen, auch diesen Termin noch zu unterbieten. Statt der ursprünglich geplanten Hellingliegezeit von 60 Tagen war das Fahrgastschiff bereits nach 47 Tagen zum Stapellauf fertig.

**Ein Schaltpult** *montiert Wolfgang Roband für eine Stromversorgungsanlage, die in das Braunkohlenwerk „Friedenswacht" in Lauchhammer geht. Das ist eine weitere Hilfe des volkseigenen Werkes für Signal- und Sicherungstechnik, Berlin, für die Kumpel.* Foto: Zentralbild

## Vom Kontrollrecht Gebrauch machen

**Zum Arbeitsschutz auf der Großbaustelle „Schwarze Pumpe"**

Fast 8000 Bauarbeiter und Ingenieure arbeiten auf der Großbaustelle „Schwarze Pumpe", darunter viele Kolleginnen und Kollegen, die vorher nie auf einer Baustelle tätig waren. Sie mit den Problemen des Arbeitsschutzes, der Sicherheitstechnik und den Gefahren einer Baustelle vertraut zu machen, ist eine sehr wichtige Aufgabe für die Gewerkschafts- und die Wirtschaftsfunktionäre.

Die von unserer Regierung in Gesetzen und Verordnungen im Interesse des Schutzes der Arbeiter getroffenen Bestimmungen werden von

Ein weiterer wunder Punkt — in dem genannten Beschluß des Ministerrates heißt es: „In allen Meisterbereichen sind Vorschlags- und

FDGB

# In Wahlversammlungen gründlich über die Verbesserung der Produktion diskutieren

## Arbeitervorschläge mehr achten

Aus den Diskussionen bei der BGL-Wahl in der Farbenfabrik Wolfen

**Nachdem die „Tribüne" bereits am 27. November über die Delegiertenkonferenz zur Wahl der BGL im VEB Farbenfabrik Wolfen berichtete und Auszüge aus dem vorbildlichen Beschluß der Konferenz über die künftigen Aufgaben der BGL veröffentlichte, sollen heute noch einige Diskussionsbeiträge von Delegierten wiedergegeben werden. Alles, was die Diskussionsredner vorschlugen, wurde in den Beschluß der Delegiertenkonferenz aufgenommen. Nicht allein an der BGL, sondern auch an den Mitgliedern wird es liegen, wie die Kritik zu Veränderungen führt bzw. Vorschläge verwirklicht werden. In den nächsten Mitgliederversammlungen sollten die Mitglieder Rechenschaft fordern, wieweit die neugewählte BGL den Beschluß schon verwirklicht hat.**

**Kollege Max Tschirner:**

Wenn wir die Ergebnisse unserer bisherigen Wahlversammlungen einschätzen, so können wir sagen, daß die Mitgleder sich in den Diskussionen gründlich und verantwortungsbewußt mit der Verbesserung der Produktion beschäftigt haben. Unsere Produktionserfolge in diesem Jahr sind der beste Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsleitungen es verstanden haben, den Wettbewerb gut zu organisieren und zu führen. Mehr noch aber wurde über die gewerkschaftliche Interessenvertretung diskutiert, und dabei zeigte sich, daß die BGL auf diesem Gebiet nicht so gut gearbeitet hat.

An einer ganzen Reihe von Mißständen, die von den Mitgliedern kritisiert wurden, ist die BGL bisher mit geschlossenen Augen vorübergegangen, sie hat sie entweder nicht zur Kenntnis genommen oder sie hat sich gescheut, mit der Werkleitung Auseinandersetzungen darüber zu führen.

### Daran kann ein Funktionär nicht vorübergehen

Im Bau 700 beginnt man jetzt im November, das Dach zu reparieren, Türen und Fenster auszuwechseln. Die hier beschäftigten Kollegen sind den Witterungseinflüssen ausgesetzt. Kann ein Gewerkschaftsfunktionär daran vorübergehen? Muß er sich nicht sagen, daß hier der Krankenstand nicht gesenkt, sondern durch schlechte Reparaturplanung erhöht wird? Hierüber z. B. hätte die BGL sich längst mit der Werkleitung auseinandersetzen müssen.

Wir sind für gute Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsfunktionären, wir haben die gleichen Ziele, aber wir müssen als Gewerkschaftsfunktionäre mit aller Entschiedenheit dagegen auftreten, daß durch falsche Maß-

**Kollegin Wernicke, AGL-Vorsitzende:**

„Fast die Hälfte aller im Betrieb Beschäftigten sind Frauen. Wenn hier so viel von unseren großen Erfolgen in der Produktion die Rede war, dann will ich dazu mit Stolz feststellen: Wir Frauen haben einen großen Anteil an diesen Erfolgen! Die Mehrzahl unserer Frauen arbeitet mit ehrlicher Begeisterung am sozialistischen Aufbau mit!

Gerade darum aber sollte unsere neu zu wählende BGL sich darüber Gedanken machen, wie die Gewerkschaft die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen verbessern helfen kann. Wir Frauen haben uns sehr gefreut, als die 24. Bundesvorstandstagung das Frauenprogramm beschloß. Nun erwarten wir, daß die BGL in Zusammenarbeit mit dem Frauenausschuß ein eigenes Programm zur Durchführung dieses Beschlusses entwickelt. Sie sollte z. B. einmal genau prüfen, welche Hilfe den Frauen gegeben werden kann, die sich am Arbeiterwohnungsbau beteiligen wollen."

**Die jugendliche Kollegin Burgholz:**

Wir begrüßen es sehr, daß bei den Gruppen- und AGL-Wahlen mehr Jugendliche mit gewerkschaftlichen Funktionen betraut worden sind, und hoffen, daß unsere jugendlichen Kandidaten für die neue BGL die Stimme der Kollegen erhalten werden. Jugendliche in den Leitungen werden uns helfen, die besonderen Fragen der Lehrlinge und Jungarbeiter künftig

**Ferdinand Loll:**

### Die Besten wählen!

Als alter Gewerkschafter und Funktionär der Arbeiterbewegung weiß ich aus eigener Erfahrung, daß wir

Ingenieur Horst Greifzu, der an der Verkürzung der Hellingliegezeit maßgeblichen Anteil hat, erklärte zur Bildung von Arbeiterkomitees: „Ein derartiges Organ der Arbeiter könnte unter Einflußnahme auf die Ausarbeitung der Produktionspläne auch in der Neptun-Werft Rostock zu einem weiteren Aufschwung führen." Foto: Zentralbild

## Arbeiterkomitees – eine gute Sache

**Werner Brümmer, Dieselmotorenwerke Rostock:**

„Wenn das zu wählende neue Arbeiterorgan in unseren Betrieben so arbeitet, wie es im Vorschlag des ZK der SED dargelegt wurde, dann ist das eine gute Sache", meint Werner Brümmer aus der Motorenreparatur des Dieselmotorenwerkes Rostock. Kollege Brümmer erklärte, daß es ja nicht darauf ankomme, Verbesserung des Produktionsablaufs zu interessieren.

„Jährlich werden von unseren Kollegen Hunderte von Verbesserungsvorschlägen eingereicht, die einen großen volkswirtschaftlichen Nutzen versprechen. Ihre Verwirklichung scheitert jedoch oft an der bürokratischen Arbeitsweise leitender Wirtschaftsfunktionäre. Beim Haupttechnologen liegen z. B. noch 70 Vorschläge aus dem ersten Halb-



# Funktionäre, wacht über die Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit!



## Wer Rat braucht, geht zur DGL

**Dorf-Gewerkschaftsleitung Pillgram kann mit einer erfolgreichen Arbeit aufwarten**

**„Habe ich Urlaub zu beanspruchen? Ich habe im Erntekindergarten in Biegen von Mai bis zum 30. November gearbeitet." Diese Frage stellt Kollegin Starzoch an den Vorsitzenden der Dorf-Gewerkschaftsleitung in Pillgram, Kollegen Eckert. Und er gibt ihr richtig zur Antwort: „Ja, du hast Anspruch auf anteiligen Urlaub. Für sieben Monate sieben Tage."**

Kollege Eckert, seit 1912 gewerkschaftlich organisiert, hat eine große gewerkschaftliche Erfahrung und kennt die einschlägigen Bestimmungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Die Landarbeiterin Else Rudolf, beschäftigt in der LPG „Neue Heimat", hatte unlängst einen Unfall. Einige Zeit nach Wiederaufnahme ihrer Arbeit erkrankte sie erneut an den Folgen dieses Unfalls. Ihren Anspruch auf 40prozentigen Lohnausgleich wollte der Buchhalter, Kollege Grätsch, nicht anerkennen. Doch mehrere Rücksprachen und Auseinandersetzungen mit dem Vorstand der LPG verhalfen der Kollegin zu ihrem Recht.

Viele solcher arbeitsrechtlichen Fragen konnten bereits durch den Kollegen Eckert geklärt werden. Da ist der junge Landarbeiter Hollwig; er ist bei dem Bauern Grund beschäftigt. Als er meinte, daß sein Lohn nicht dem Tarif entspreche, wandte er sich an die Dorf-Gewerkschaftsleitung. Die Überprüfung ergab, daß durch Nichtbezahlung von Überstunden und Futtergeld bis zum November 1956 insgesamt 838,80 DM zu wenig gezahlt waren. In einer Gütevereinbarung mit dem Bauer Grund verpflichtete sich dieser, den Betrag bis zum 1. Februar 1957 zu zahlen und in Zukunft den Tarif einzuhalten. Ähnlich verhält es sich mit der Landarbeiterin, Kollegin Bartsch, die vom Bauern Grund 723,87 DM Nachzahlung erhalten muß.

Konsequent achtet Kollege Eckert auf die Einhaltung des Landarbeiterschutzgesetzes. In einigen Wohnungsfragen konnte er seinen Kollegen helfen und die Bauern veranlassen, einwandfreien Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

### Arbeitsschutz wird nicht vergessen

Fragt man einen Landarbeiter oder Dorfbewohner nach dem Kollegen Eckert und seiner Arbeit, so wird er sicher auch von dem Kampf der Dorf-Gewerkschaftsgruppe um die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen erzählen. Dem Bauern Willi Meier sperrte er die Dreschmaschine so lange, bis sich der Bauer bequemte, die Arbeitsschutzvorrichtung anzubringen. Die Landarbeiter erzählen aber auch von dem großen Vertrauen, das sie zu ihrem Kollegen Eckert haben. Selbstverständlich wurde er bei der Neuwahl der Dorf-Gewerkschaftsleitung wieder zum Vorsitzenden gewählt.

Bei dieser Wahl kritisierten die Kollegen, daß sie im letzten Jahr nicht ein einziges Mal zu einer Versammlung zusammengekommen sind. Viele Fragen haben die Landarbeiter auf dem Herzen, über die sie sich aussprechen wollen, über die sie im Kollektiv beraten wollen. Der 66jährige Vorsitzende erkannte an, daß diese Kritik voll berechtigt ist. Einmal läßt es sich durch die Kraft des Kollektivs leichter arbeiten, und zum anderen geht es nicht nur darum, daß Kollege Eckert die Interessen der Landarbeiter gut vertritt. Auch über solche Fragen, wie die Ereignisse in Ungarn und Ägypten, die Perspektiven unserer Republik und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für jeden Werktätigen wollen die Kollegen beraten und sich Klarheit verschaffen. Sie legten deshalb fest, daß monatlich eine Mitgliederversammlung einberufen wird, damit ihre Interessen noch besser vertreten werden können.

**Günter Johannes, Bezirks-Korrespondent Frankfurt (Oder)**

*Kalikumpel fordern:*

### Lebendigen Wettbewerb

Daß sich bei den Kumpeln im Kaliwerk „Einheit" an der Werra die Erkenntnis immer mehr durchsetzt, den Wettbewerb durch eigene Initiative zu organisieren, ist der Beweis für eine bewußte Mitarbeit ihrerseits am Produktionsgeschehen. Unsere Suhler Korrespondentin Schuster schreibt, was der Kollege Fritz Zierd dazu bei der Neuwahl der Betriebs-Gewerkschaftsleitung sagte:

„Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß von einer Verwaltungsabteilung vorgedruckte Wettbewerbsvereinbarungen für Brigaden oder Schrappergemeinschaften herausgegeben werden, auf denen man nur das Objekt, das Datum, die Planmenge und den Namen einzutragen braucht.

Lebendig und für jeden verständ-

## Vergleichen und entscheiden

Vor sieben Jahren, am 12. Dezember 1949, wurde von der damals noch provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik das „Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der

plätze zur Verfügung. Hinzu kommen 9700 kostenlose vorbeugende Erholungskuren. Ebenso wie den Kindern der Industriearbeiter stehen heute auch den Söhnen und Töchtern der Landarbeiter



*Jeden Morgen zieht Aktivist Schäfermeister Pohland vom VEG Ballin, Kreis Strasburg, mit seinen Schafen zur Weide. Sein Stolz sind 77 Jungböcke, die er selbst aufgezogen hat.*
Fotos: Zentralbild

## Auch das gehört zur Interessenvertretung

Die Gewerkschaftswahlen in den Betrieben gehen dem Ende zu. Vielfältige Aufgaben stehen vor den neugewählten Leitungen, und es kommt jetzt darauf an, sich des Vertrauens, das in sie gesetzt wird, würdig zu erweisen. Vor allem gilt es, die unmittelbaren Lebens- und Arbeiterinteressen ihrer Kollegen

Eine weitere Aufgabe ist die Bildung von Arbeitsrechtskommissionen bei der BGL und bei den AGL. Diese Kommissionen sollten sich aus solchen Kollegen zusammensetzen, die, sei es durch ihre Schöffentätigkeit, sei es durch Teilnahme an Schulungen und Kursen, bereits über gute Kenntnisse der arbeits-

**Diskutiert diese Fragen mit Arbeiterdelegationen!** **Schickt diese Seite nach Westdeutschland und Westberlin!**

# Die Verständigung bleibt vordringlich

## Gewerkschafter aus ganz Deutschland berieten in Erfurt über die Aufgaben der Arbeiterklasse in der Gegenwart

**Über die Ergebnisse des 4. Ordentlichen DGB-Kongresses und die Möglichkeiten zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Gewerkschaftsbünden DGB und FDGB berieten am vergangenen Wochenende 250 DGB-Kollegen in Erfurt mit Gewerkschaftern der DDR. In einer ausführlichen Diskussion, in deren Verlauf etwa 25 westdeutsche und Westberliner Kollegen das Wort ergriffen, legten sie ihre Meinung über die Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands und über die Aufgaben, die nach dem Hamburger Kongreß vor den westdeutschen Arbeitern stehen, dar. In einer einstimmig angenommenen Entschließung bekundeten die Gewerkschafter ihre Solidarität mit den um ihre nationale Freiheit kämpfenden ägyptis… Werktätigen und den Arbeitern Ungarns, die den … imperialistischen Kräften organisierten konterrevolutionären Putsch erfolgreich niedergeschlagen haben. An die streikenden Metallarbeiter Schleswig-Holsteins richtete die Konferenz brüderliche Grüße; sie wünschte ihnen einen vollen Erfolg in ihrem für alle westdeutschen Arbeiter beispielhaften Kampf. Zuvor hatte der Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes, Rudi Kirchner, in einem Referat die Stellung des FDGB zu den aktuellen Ereignissen und zu dem Verlauf und den Ergebnisssen des 4. DGB-Kongresses dargelegt. Wir bringen nachstehend Auszüge aus der Diskussion und aus dem Referat Rudi Kichners.**

Der sozioldemokratische Kollege Willi, Kiel:

### Die Solidarität des FDGB ist zu begrüßen

Ich komme aus Kiel, und wie ihr wißt, befinden wir uns in Schleswig-Holstein in einem Streik. Es ist das erste Mal in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte, daß um einen Mantel- oder Rahmentarif gestreikt wird. Wir haben als erstes drei Forderungen gestellt, die bekannt sind. Nach meinem Dafürhalten ist aber die Ursache, die die Arbeiter in Schleswig-Holstein veranlaßt hat, diesem Streikaufruf zu folgen, nicht nur der Wille, diese drei Punkte zu verwirklichen, sondern in erster Linie die Tatsache, daß die Arbeiter in Schleswig-Holstein — und darüber hinaus in der ganzen Bundesrepublik — mit ihrer Lage insgesamt unzufrieden sind.

Es dürfte bekannt sein, daß eine Geschlossenheit herrscht, wie wir sie selbst nicht erwartet haben. Die Gewerkschaftsführung verhält sich …

… worden sind, daß auch in 14 Tagen nochmals 10 DMark hinzugeschossen werden sollen, daß über einen Mietzuschlag geredet werden soll, daß davon gesprochen wird, eine gewerkschaftliche Weihnachtsunterstützung zu zahlen, wenn der Streik über Weihnachten hinaus andauert. Jeder Streikende kann kostenlos täglich ins Kino gehen, und die Streikposten vor den Toren bekommen morgens Tee mit Rum. Das alles dient dazu, die Kollegen zu ermutigen. Die Gewerkschaft läßt Lautsprecherautos fahren, die unsere Forderungen popularisieren. 8070

Nun könnte man sagen: Warum hat man den Streik nicht gleich auf alle Betriebe ausgedehnt? Aber wenn wir mit hundert Sachen losbrausen, fahren wir vielleicht 50 km, und dann werden wir langsamer.

Eine erfreuliche Tendenz ist, daß …

… diese revolutionäre Besinnung des Arbeiters auch für uns hinsichtlich der Wiedervereinigung verwerten. Die Gewerkschaften der DDR haben sich mit uns Metallarbeitern in Schleswig-Holstein solidarisch erklärt. Wenn ich mich mit Kollegen des DGB, die Gewerkschaftsfunktionen haben, darüber unterhalte, daß die Solidaritätsspenden aus der DDR nicht angenommen werden, dann sagt man mir, daß sich der DGB nicht mit dem FDGB identifizieren wolle. Das sind Phrasen, die nicht von uns anerkannt werden. Da sagt man: „Wenn wir etwas vom FDGB annehmen, was meinst du, wie der Unternehmer ins Horn bläst, die Sache sei kommunistisch unterwandert." Wollen wir aber auf die Unternehmer Rücksicht nehmen?

**Ein weiterer Transport mit neun Sanitätswagen und Lastkraftwagen des Deutschen Roten Kreuzes der DDR mit Medikamenten und Verbandsstoffen wurde als Spende der Wismut-Kumpel zur Unterstützung der Werktätigen Ungarns dieser Tage in Dresden verabschiedet. Unser Foto zeigt Herrn Dr. Paul vom Zentralausschuß des Deutschen Roten Kreuzes der DDR mit den Transportleitern vor der Abfahrt in Dresden.** Foto: Zentralbild

Kollege Jupp, IG Chemie:

### ‚Wir erinnern uns noch gut an 1919'

Die Menschen in Afrika, vor allem jetzt in Ägypten, und auf Zypern führen einen wirklichen Freiheitskampf, aber in der ganzen west- …

… nung wieder einführen. Wenn sich bei uns Presse und Rundfunk hinsichtlich der Entwicklung in Ungarn überschlagen, dann heulen sie nicht, …

# Gedanken zum Jahreswechsel

**Von Heinz Neukrantz, Vorsitzender des FDGB-Bezirksvorstandes Groß-Berlin**

Nur wenige Tage trennen uns noch vom Jahreswechsel. Da ist es ganz natürlich, zu überdenken, was das Jahr 1956 gebracht hat und mit welchen Erwartungen wir dem Jahr 1957 entgegensehen. Dabei verbindet sich in den Gedanken der werktätigen Menschen alles, was sie erreichten, und alles, was noch als Ziel vor ihnen steht, auch mit der Arbeit ihrer Klassenorganisation, ihrer Gewerkschaften. Das ist für die Berliner Arbeiter um so naheliegender, als in beiden Teilen Berlins gerade jetzt die Gewerkschaftsleitungen für die nächsten zwei Jahre gewählt werden.

Bei uns im demokratischen Berlin folgt den Wahlen in den Betrieben, an denen 80 Prozent der Mitglieder teilnahmen und die zu einer fruchtbaren, demokratischen Aussprache führten, die Wahl der Bezirksvorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften und schließlich die Wahl des FDGB-Bezirksvorstandes. Die Werktätigen im demokratischen Berlin haben die für das abgelaufene Jahr gesteckten Ziele in der Produktion und in der Entwicklung des Lebensstandards im wesentlichen erreicht. Sie wissen, daß nach der Erhöhung aller Renten um 30 DM nun zunächst ihre Arbeitszeit real verkürzt und mit dem Wegfall der Reste der Rationierung eine weitere Erleichterung ihres Lebens eintreten wird.

## Klare Perspektiven

Die Werktätigen in den volkseigenen Betrieben schließen in den nächsten Wochen mit noch größerer Selbständigkeit als in den Vorjahren ihre Betriebs-Kollektivverträge ab und sichern damit durch ihre eigene Kraft, daß der begonnene Weg fortgesetzt und auch die weiteren Ziele erreicht werden. Ihr Einfluß auf die Führung der sozialistischen Betriebe wird sich durch die bevorstehende Wahl von Arbeiterkomitees noch verstärken, und die Rechte ihrer Gewerkschaften, besonders die der betrieblichen Leitungen, werden erweitert.

Die Lage der Westberliner Kollegen ist auf all diesen Gebieten grundlegend anders. Das von der damals noch einheitlichen Berliner Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der SED, SPD und CDU beschlossene Enteignungsgesetz von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler und Naziaktivisten und die Überführung der Konzerne in Gemeineigentum wartet im Westen unserer Stadt am 19. Februar nun schon zehn Jahre auf seine Durchführung. Wahrlich:

## Ein schlechtes Jubiläum!

Die Betriebe in Westberlin gehören noch immer den alten Herren, denen sie von Jahr zu Jahr höhere Profite bringen. Deshalb gibt es dort keine Betriebs-Kollektivverträge, deshalb werden in ihnen keine Arbeiterkomitees gewählt, und deshalb konnten die gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb durch das Betriebsverfassungsgesetz, das die Arbeiter mit Recht Betriebsversklavungsgesetz nennen, auf ein Minimum reduziert werden, so daß heute in den meisten Konzernbetrieben Westberlins z. B. Gewerkschaftsversammlungen oder auch nur der Aushang von Gewerkschaftszeitungen und -plakaten verboten sind.

Die Feststellung des Kollegen Brenner auf dem 4. DGB-Kongreß, daß sich die restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik immer mehr durchsetzen, gilt uneingeschränkt auch für Westberlin. Unternehmerverbände, Militaristen und alte Nazis werden immer frecher, und die Konzernherren fördern und finanzieren Terror- und Streikbrecher-Organisationen, wie das Technische Hilfswerk und die sogenannten Betriebsbrigaden des „Stahlhelm". Sie sollen ihnen dazu verhelfen, beim jetzt beginnenden großen Aufrüstungsgeschäft mit noch fetteren Profiten und von den Arbeitern ungestört dabeizusein.

## Westberlins Arbeiter haben Sorgen

Bei dieser Entwicklung ist es verständlich, daß die Westberliner Arbeiter mit großen Sorgen ins kommende Jahr blicken. Die älteren Kollegen wissen aus zweifacher Erfahrung, daß die Werktätigen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung be- [...] schnittliche Arbeitszeit in der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie Westdeutschlands nach der Einführung der 45-Stunden-Woche am 1. Oktober auf mehr als 48 Stunden angestiegen sei. Die Westberliner Metallarbeiter fragen sich, ob sie ab Januar genauso betrogen werden sollen.

**„Eine Chance wurde vertan",**

stellt die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" am 19. Dezember fest, weil erst im Februar nochmals ein Rentenvorschuß gezahlt werden soll. Das Gesetz aber, das schon heute kaum mehr Ähnlichkeit mit den Vorschlägen des DGB und der SPD hat, soll erst später vorgelegt werden. Hunderttausende Rentner in Westberlin sind also erneut — wie seit Jahren — betrogen und auf eine ungewisse Zukunft vertröstet worden.

## DGB-Delegierte vor wichtigen Aufgaben

Diese drei Stimmen aus dem Westberliner Blätterwald, die die Situation charakterisieren, machen deutlich, vor welchen Aufgaben die Westberliner Landesbezirks-Delegiertenkonferenz des DGB am 11. Januar steht. Die DGB-Kollegen in den Betrieben erwarten, daß die Gewerkschaft sich aktiver und energischer für ihre Interessen einse[tzt] ... Sie fra- [...] Beschlüssen des 4. DGB-Kongresses Jugendliche als „Halbstarke" beschimpfte.

## Kampferfahrungen nützen

Zweifellos würde die Kritik der DGB-Mitglieder noch stärker zum Ausdruck kommen, wenn die Wahlen im DGB mit ebenso hoher Beteiligung wie bei uns durchgeführt würden und wenn nicht die schon 1955 gewählten Delegierten jetzt erneut über die Zusammensetzung des Landesbezirksvorstandes entscheiden könnten. Diese Delegierten tragen eine große Verantwortung. Mögen sie die Kampferfahrungen der Westberliner Arbeiter nützen, die sich in zahllosen betrieblichen Aktionen erfolgreich gegen die Unternehmerwillkür zur Wehr setzten! Mögen sie den wochenlangen heroischen Streik der Putzer nicht vergessen!

Sichern sie z. B. den Metallarbeitern Westberlins, die jetzt ihren Manteltarif gekündigt haben und die gleichen Forderungen stellen wie ihre Kollegen in Schleswig-Holstein, die Unterstützung der ganzen Organisation, dann wird das für alle Westberliner Arbeiter im neuen Jahr von Vorteil sein und ihnen größere Erfolge ermöglichen als bisher. Nicht mehr zuzulassen, daß ihnen immer neue Rüstungslasten aufgebürdet werden, sondern gemeinsam mit ihren Kollegen im demokratischen Sektor gegen Adenauers Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu kämpfen — das ist der Ausweg aus der Lage, die die Westberliner Arbeiter heute mit Sorgen erfüllt und für das nächste Jahr ebenfalls nichts Gutes erwarten läßt.

## Gemeinsame Front gegen Militaristen

Die werktätige Bevölkerung unserer gespaltenen Stadt, in der schon mehrfach friedensfeindliche Provokationen gestartet wurden, ist besonders an der Erhaltung und Sicherung einer friedlichen Atmosphäre interessiert. Darin stimmen die Arbeiter beider Teile Berlins völlig überein. Deshalb müssen wir im Kampf gegen die militaristischen und revanchistischen Kräfte in Westberlin [...]

---

## Dieser Sonderdruck

**aus der Ausgabe der „Tribüne", Organ des Bundesvorstandes des FDGB, vom 28. Dezember 1956 erscheint für die Gewerkschafter in Westberlin. Wir verbinden mit ihm unsere besten Wünsche an die DGB-Kollegen für das Jahr 1957. Möge es ein Jahr der Verständigung der Berliner Gewerkschafter werden und den Arbeitern im Westen unserer Stadt Erfolge im Kampf um die Verbesserung ihres Lebens, gegen Ausbeutung und Unternehmerwillkür bringen!**

**Redaktion „Tribüne"**

---

## 70 Militaristen-Verbände in Westberlin

**Rund 70 militaristische Organisationen und Traditionsverbände der faschistischen Wehrmacht existieren in Westberlin. Mitte vergangenen Jahres waren es 30 Organisationen. Diese Zahlen über das Ansteigen der militaristi-**

---

Diese Forderung, für die die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins (unser Foto) bereits seit über neun Wochen streiken, haben jetzt auch ihre Kollegen in Westberlin für den neu abzuschließenden Manteltarif erhoben. Sie lassen sich dabei auch davon leiten, daß in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Berlin der Arbeiter im Krankheitsfalle seit langem gesichert ist. Das gewährleisten die Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage der Krankheit an und der Lohnausgleich zum Krankengeld, der für die Dauer von sechs Wochen gezahlt wird, so daß die Werktätigen trotz Krankheit über ein Einkommen von 90 Prozent ihres Nettoverdienstes verfügen können. Eine weitere Forderung der Metallarbeiter Westberlins ist die Zahlung gleichen Lohnes bei gleicher Arbeit für Frauen. Auch hierin ist die DDR gegenüber den Verhältnissen in Westberlin ein großes Stück voraus.

So werden die in der DDR verwirklichten Arbeiterforderungen und Arbeiterrechte für die Westberliner Metallarbeiter bei ihrem Kampf um einen besseren Tarifvertrag eine wertvolle Hilfe sein. Daß sie zu kämpfen bereit sind, haben nach den Kollegen von der AEG Turbine jetzt auch über 2000 Arbeiter des West-

# Zur Landesbezirkskonferenz des DGB

**Von • • • Funktionär des DGB in Westberlin**

... einer Woche findet im Volkshaus ...rgarten die Landesbezirkskonfe...z des DGB statt. Der jetzige ...ndesbezirksvorsitzende, Ernst Scharnowski, wird die Aufgabe ...ben, über die Tätigkeit der Ge...erkschaft seit der Landesbezirks...konferenz im Jahre 1955 zu berichten, ...nd die Landesbezirkskonferenz wird ...len Vorstand des DGB für die näch...sten Jahre wählen.

Am 9. Dezember wurde durch die gesamte Presse bestätigt, was für Eingeweihte schon längere Zeit bekannt war: Neben Ernst Scharnowski soll der Kollege Mann als Vorsitzender vorgeschlagen werden. Für seine Kandidatur haben sich die IG Metall und die Gewerkschaft ÖTV ausgesprochen. In beiden Gewerkschaften ist in Westberlin zwar die Mehrheit der Organisierten erfaßt, die IG Metall konnte infolge ihrer Aktivität auch als einzige einen nennenswerten Mitgliederzuwachs erreichen — sie stellen aber nur ein Drittel der Delegierten zur Landesbezirkskonferenz. Die Ortsausschußvorsitzenden mußten außerdem dafür sorgen, daß bei den Wahlen in den Ortsausschüssen zur Landesbezirkskonferenz nach Möglichkeit keine Mitglieder der Gewerkschaften ÖTV und Metall delegiert werden, sondern nur unbedingte Anhänger Scharnowskis.

### Ablösung Scharnowskis notwendig

In breiten Kreisen unserer Funktionäre — vor allem auch unter den Gewerkschaftsfunktionären, die Mitglied der SPD sind — wird von der Notwendigkeit gesprochen, Scharnowski abzulösen. Bereits auf der letzten Landesbezirkskonferenz im Jahre 1955 hatte er, obwohl es keine Gegenkandidaten gab, nur 46 von 75 möglichen Stimmen erhalten. Wenn ...llege Mann genügend Rückgrat hat, ...n „Wünschen" des Sozialattachés ...r US-Mission zu widerstehen, ...rfte es diesmal zu einer Kampfabstimmung kommen. Der Bundesvorstand des DGB würde mit ...er Ablehnung Ernst Scharnowskis sicherlich auch einverstanden sein, da er von allen Landesbezirksvorsitzenden des DGB die wenigste fachliche und politische Qualifikation hat.

Die Mehrheit der Delegierten zur Landesbezirkskonferenz sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, beide Kandidaten — Mann und Scharnowski — ebenfalls. In ihrer Aufstellung spiegelt sich die Auseinandersetzung wider, die auch in der SPD vor sich geht. Der SPD-Parteitag am 6. Januar 1957 wird demzufolge eine gewisse Vorentscheidung für die Landesbezirkskonferenz sein.

### Die Koalitionspolitik und der DGB

In der Koalitionspolitik führender SPD-Funktionäre mit der CDU spielt der DGB keine geringe Rolle. So z. B. in der Koalitionspolitik Otto Suhra als Regierender Bürgermeister und Willi Brandts als Parlamentspräsident. Die Durchführung dieser Koalitionspolitik, die in den letzten zwei Jahren viele Verschlechterungen für die Arbeiter, aber kein Näherkommen sozialdemokratischer Grundsatzforderungen gebracht hat, ist nur möglich, wenn auch der DGB-Vorstand diese Politik unterstützt, wenn die Gewerkschaftskollegen von der Durchsetzung der Beschlüsse des DGB-Kongresses und des Aktionsprogramms in Westberlin abgehalten werden.

Ich erinnere mich noch, daß der Leiter der Abteilung Wirtschaft in der Schlüterstraße, Hentschel, im Auftrage Scharnowskis erklärt hat, das Aktionsprogramm könne in Westberlin „frühestens in acht Jahren" diskutiert werden. Innerhalb der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften war in jedem Jahr immer wieder die Durchführung des 1. Mai als gewerkschaftlicher Kampftag verlangt worden. Scharnowski aber setzte sich 1955 über den Beschluß der Konferenz und 1956 über den Beschluß des Landesbezirksausschusses hinweg und führte die Maiveranstaltungen gemeinsam mit Senat und CDU durch. Auf diese Art und Weise wurde und wird der unsozialen Gesetzgebung des Senats, so z. B. der Erhöhung der Fahrpreise und Mieten, der Weg bereitet.

### Verdächtige Schweigsamkeit

Der Bundesvorstand des DGB hat ... „Boykott" als Beschluß des IBFG, obwohl ein solcher Beschluß nie zustande kam. Scharnowski scheute sich also nicht, selbst den IBFG zu brüskieren.

Das tollste Stück hat sich Ernst Scharnowski aber anläßlich der Kundgebung am 5. November auf dem Rudolf-Wilde-Platz erlaubt. Nach dieser Kundgebung richtete er an den Landesausschuß der SPD einen Brief, in dem er sich gegen den Vorsitzenden Franz Neumann wandte. Gegen die Vorfälle am Brandenburger Tor und den beabsichtigten Sturm auf die sowjetische Botschaft Unter den Linden fand er jedoch kein einziges Wort, obwohl wir damit an den Rand eines Krieges gekommen wären. Wir aber wollen in Ruhe und Frieden unserer Arbeit nachgehen. Provokationen an den Sektorengrenzen gefährden dagegen Ruhe und Frieden und müssen vermieden werden. Wer das nicht begreift, gehört nicht an die Spitze der Gewerkschaftsorganisation in Westberlin.

### Die Verantwortung der Delegierten

Auf den Delegierten zur Landesbezirkskonferenz ruht eine große Verantwortung. Sie haben darüber zu entscheiden, daß an die Spitze des DGB der Mann tritt, der die Aufgaben in Berlin richtig erkennt. Sie müssen Maßnahmen festlegen und beschließen, die der Verwirklichung der Beschlüsse des 4. DGB-Kongresses und des Aktionsprogramms dienen und den restaurativen Kräften in Westberlin Einhalt gebieten.





Von neun auf siebzehn erhöhte sich von 1950 bis 1955 die Zahl der Kultur- und Klubhäuser im demokratischen Berlin. Eins der schönsten ist das Klubhaus „Erich Weinert" des Kabelwerkes Oberspree. Foto: Kirschenbaum

# Es geht um einen besseren Manteltarif

**Drei Hauptforderungen der Westberliner Metallarbeiter / Frauenlöhne um ein Drittel niedriger**

Mit der Mitgliederversammlung der Schöneberger Metallarbeiter am 9. Januar finden die Gewerkschaftswahlen der Westberliner Metallarbeiter zunächst ihren Abschluß. Viele Anträge sind in den vergangenen Mitgliederversammlungen für die Vertreterversammlung am 23. und 24. Februar angenommen worden. Im Vordergrund ihrer Beschlüsse und Diskussionen wird aber zweifellos der Entwurf für einen neuen Manteltarif stehen. ...

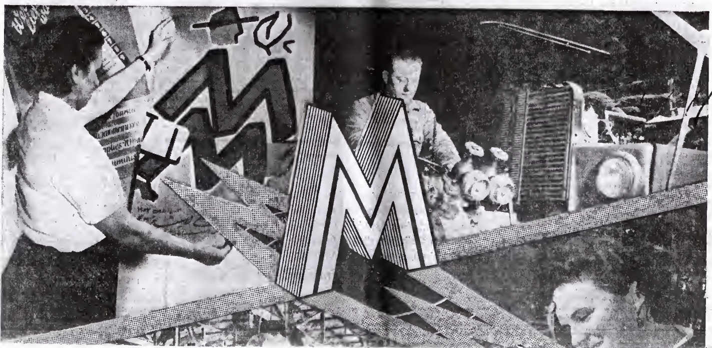
Frauen werden von den Konzernherren in Westberlin nur als billige Ausbeutungsobjekte betrachtet. Das erwies sich auch bei den Verhandlungen mit dem Verband der Westberliner Metallindustriellen (AVBM) am 3. und 5. Dezember: Die Forderungen der Vertreter der Ortsverwaltung der IG Metall hinsichtlich der Frauenlöhne wurden mit einem glatten Nein abgelehnt. Daher ist es um so notwendiger, daß die Westberliner Metallarbeiterinnen die Unterstützung der gesamten Organi...

Viele Tausende Arbeiter aus dem demokratischen Sektor konnten 1956 in den schönsten Gegenden der DDR für nur 30 DM ihren Urlaub verbringen; allein 20 000 Metallarbeiter nutzten in dem vergangenen Sommer diese Möglichkeit, die ihnen der Feriendienst des FDGB bietet. In Westberlin dagegen war es nur wenigen hochqualifizierten Facharbeitern möglich, nach langem Sparen ihren Urlaub außerhalb Berlins zu verleben. In einem Vorschlag für einen neuen Manteltarifvertrag,

#216

# LEIPZIG
## TOR ZUM OST-WEST-HANDEL

Informationen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1957



KARL LIEBKNECHT



# MILITARISMUS UND ANTIMILITARISMUS

*"A positive force in the fight against Communism"*



WITH

# CHRISTIAN DEMOCRACY

## TOWARD LIBERATION AND JUSTICE

## FOR MEN AND NATIONS

**The Christian Democratic Union of Central Europe**
18 East 60th Street, New York 22, N. Y.


Es geschah
im Februar ...